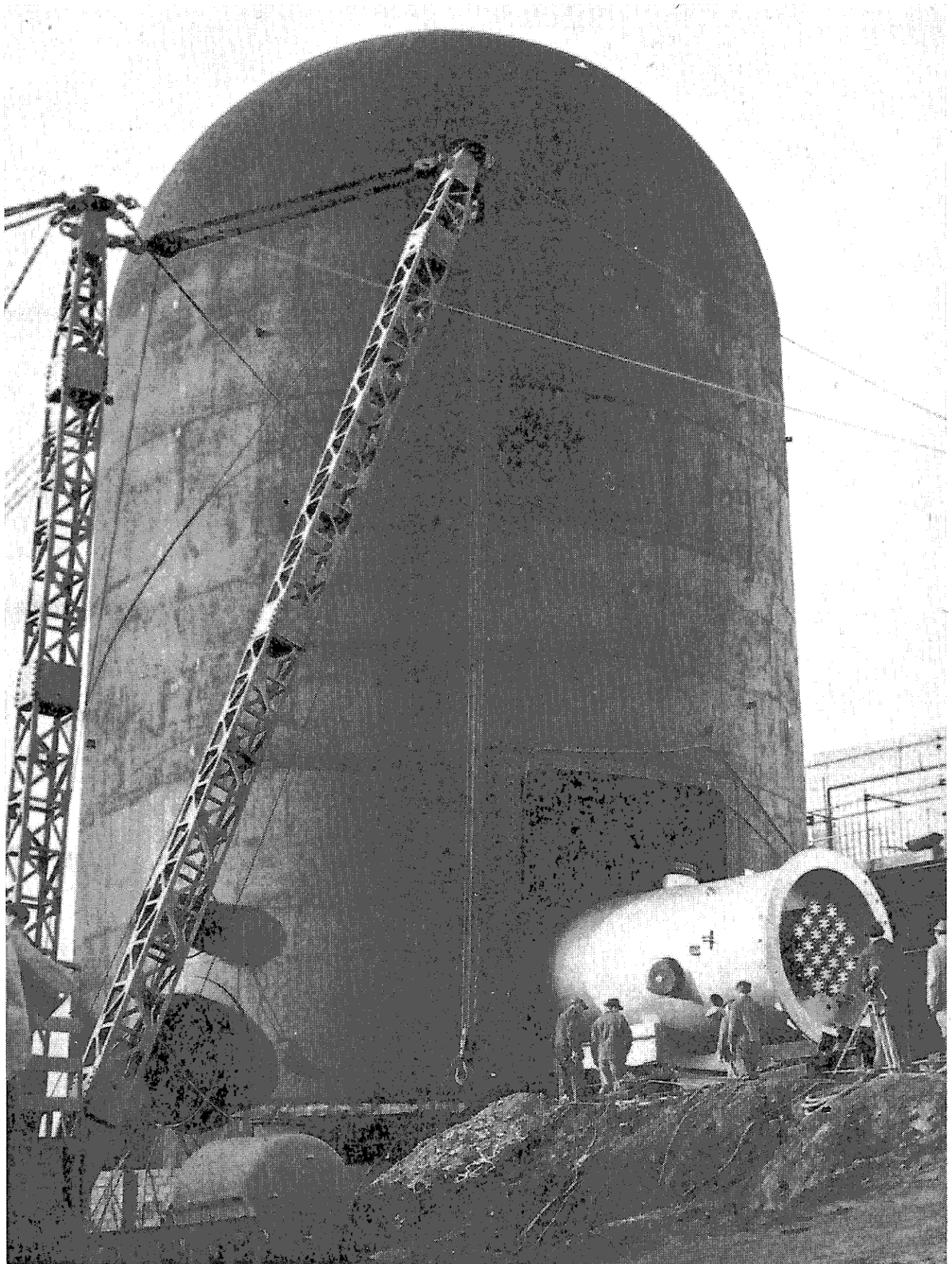


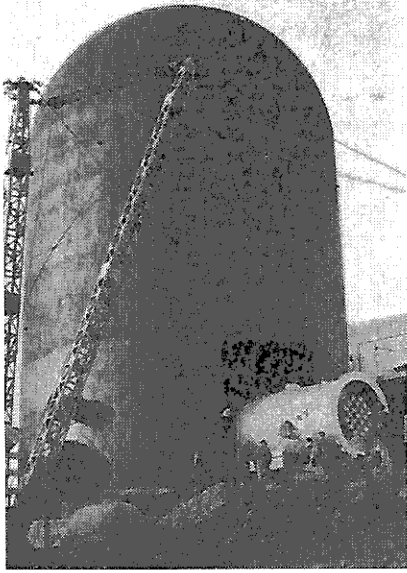
KONGRESSDIENST

Hamburg
3. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Okt. / Nov. 1960
NUMMER 6





Druckkammer für das Atomkraftwerk Kahl wird eingebracht.

Zur Aufnahme des Reaktorkerns des ersten deutschen Atomkraftwerks dient das 100 t schwere Druckgefäß, das am Wochenende in das Umschließungsgelände des Atomkraftwerks Kahl am Main eingebaut wurde. 3200 Uranoxystäbe werden, in Wasser eingetaucht, in der Kammer einen Betriebsdruck von 72 atü erzeugen. Über Turbinen und Generatoren wird dieser „Atomdampf“ den ersten aus „Atomkraft“ in Deutschland erzeugten elektrischen Strom liefern.

Unser Bild zeigt: Durch eine Öffnung in dem 25 m hohen Umschließungsgelände wird die Druckkammer, die einen Durchmesser von 2,5 m und eine Höhe von 7,5 m hat, auf ihren Standort transportiert.

Wichtige Hinweise

Diesem Heft liegt ein Sonderdruck über die VI. Weltkonferenz in Tokio bei. Wir geben unseren Lesern diese von der Aktionsgemeinschaft „gegen die atomare Aufrüstung“ herausgegebene Schrift gern zur Kenntnis. Sie eignet sich für die weiteste Verbreitung. Bestellungen sind zu richten an die „Aktionsgemeinschaft“, Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 89.

Schutzgebühr: Stück 30 Pfg.

Bei Abnahme von mehr als 100 Stück 25 Pfg. Mehr als 500 Stück 20 Pfg.

Die japanischen Blätter — Abzeichen gegen die Atomrüstung — stehen wieder in genügender Anzahl zur Verfügung. Sie kosten 0,50 DM das Stück und sind in rot und grün zu haben.

Bestellungen bitte an:

Ständiger Kongreß

Hamburg 19

Eichenstraße 46

Bei Massenbestellung Rabatte.

Darüber muß verhandelt werden!

Lieber Kongressleser!

Zwei Abrüstungsdokumente bestimmen die Diskussion dieser Tage und Wochen nicht nur in New York, sondern in der ganzen Welt: Chruschtschows Plan der vollständigen Abrüstung aller Staaten und der Vorschlag zur innerdeutschen Abrüstung, den die DDR veröffentlicht hat. Für die Bundesregierung sind diese Pläne schon deswegen von vornherein undiskutabel, weil ihre Verfasser Repräsentanten kommunistischer Staaten sind. Für die übrige Welt ist allerdings die „rote“ Verfasserschaft keineswegs ein Grund, diese beiden Memoranden ungelesen in den Papierkorb zu werfen; da wir keine westlichen Abrüstungsdokumente zu sehen bekommen, wollen wir wenigstens die östlichen diskutieren — so argumentieren sie.

Chruschtschow hatte in seiner großen Rede vor den Vereinten Nationen zunächst die Bereitschaft der Sowjetunion unterstrichen, das Abrüstungsproblem gemeinsam mit allen daran interessierten Staaten lösen zu helfen — und die von ihm vorgeschlagene Erweiterung der bisher aus je fünf westlichen und fünf östlichen Mitgliedern zusammengesetzten Genfer Abrüstungskonferenz um fünf Vertreter des neutralen Blocks hat die Sympathie der afro-asiatischen Staaten für die Außenpolitik der Sowjetunion nur verstärkt.

Der Kernsatz der sowjetischen Deklaration heißt: **Abrüstung innerhalb von vier Jahren in drei Etappen.** Die erste Etappe umfaßt die Abschaffung aller Trägerraketen für nukleare Massenvernichtungsmittel, die Beschränkung der konventionellen Bewaffnung sowie die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte. Die zweite Etappe sieht die vollständige Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel vor, verbunden mit einer weiteren Reduzierung der konventionellen Rüstung. Die dritte Etappe beläßt dann allen Staaten nur noch Polizeistreitkräfte zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung.

Die Gretchenfrage des gesamten Abrüstungsproblems war stets die Frage der Kontrolle. Der sowjetische Premier wandte sich energisch gegen Bestrebungen, eine internationale Rüstungskontrolle ohne Abrüstung zu schaffen. Nicht nach dem Aufbau eines internationalen Spionagesystems verlangen die Völker, erklärte er, sondern nach einer Beseitigung der Kriegsgefahren. Selbstverständlich wäre aber die Regierung der Sowjetunion zur Beteiligung an allen Kontrollmaßnahmen bereit, die im Zusammenhang mit dem Abrüstungsprogramm erforderlich werden würden. Damit war die Behauptung, man könne über die „rein propagandistischen“ Abrüstungsvorschläge des Kremls nicht diskutieren, weil sie keine ausreichenden Kontrollbefugnisse vorsähen, eindeutig widerlegt. Ebenfalls drei Etappen in vier Jahren sieht die Abrüstungsdokumente der DDR vor. Sie ist jedoch keineswegs nur eine Wiederholung der sowjetischen

Vorschläge, sondern entwickelt eigene Gedanken zur Verminderung der militärischen Spannungen in der Mitte Deutschlands. Da keiner der beiden deutschen Staaten Mitglied der Vereinten Nationen ist, brachte die Tschechoslowakei das Memorandum in der 15. Vollversammlung ein; die UNO nahm es in ihre offiziellen Materialien auf, und so kam es, daß in fast allen Delegationen sehr eingehend über diese Vorschläge diskutiert wurde.

Die erste Etappe beginnt hier mit einer gegenseitigen Nichtangriffserklärung der beiden deutschen Staaten, verbunden mit einem Rüstungsstopp sowie dem Verzicht auf Atomwaffen und biologische und chemische Kampfmittel. Außerdem soll sie zum Abschluß eines Friedensvertrages führen. In der zweiten Etappe ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, der Abzug aller Besatzungstruppen sowie weitere Rüstungsvermindierungen vorgesehen; in der dritten Etappe soll dann die vollständige Neutralisierung und Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands vorgenommen werden. Ein paritätisch zusammengesetztes Kontrollorgan soll errichtet werden; die Verwirklichung des Planes ist an keinerlei sonstige Vereinbarungen geknüpft, auch nicht an die Annahme der sowjetischen Vorschläge im Weltmaßstab.

Nehru hat in New York sehr eindrücklich dargelegt, daß wir nur vor der Wahl stehen zwischen friedlicher Koexistenz und gegenseitiger und gemeinsamer Vernichtung. Ohne uns im geringsten mit der Außenpolitik der Sowjetunion oder der DDR zu identifizieren, ohne die Kritik an einzelnen Punkten dieser Dokumente mit dem Ärmel wegwischen zu wollen, fordern wir in diesem Sinne mit allem Nachdruck — und wir werden es nicht zu fordern aufhören —: **die beiden Abrüstungsprogramme müssen ernsthaft diskutiert werden — auch in Bonn!**

Wir weigern uns, hoffnungslos der Weltgeschichte hinterherzuhinken und als einzige auf dem eigenen Pulverfaß sitzenzubleiben, während die beiden Welthälften — vom Druck der Völker getrieben — sich einem Arrangement ihrer gegenseitigen Interessen immer mehr nähern. Deutschland darf nicht der einzige Störenfried dieser Entwicklung sein — in seinem eigensten Interesse!

Die Ereignisse der letzten Monate von Japan bis zur Türkei haben gezeigt, daß Völker, die sich ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, einen Kurswechsel erzwingen können. Die Art und Weise dieses Kampfes wird in jedem Lande sehr verschieden aussehen; aber das, worauf es immer ankommt, ist dies: jenes Verantwortungsbewußtsein, das zum Handeln führt, nicht nur „Flucht in die Innerlichkeit“, im Herzen jedes Menschens zu wecken. Auf jeden von uns kommt es dabei an — jeder einzelne kann dazu beitragen, daß das Zukunftsbild einer Welt ohne Krieg, ohne Militärlasten, ohne die Ge-

Labour Party für sofortige Abrüstung

Der mit großer Spannung erwartete Parteitag der Labour Party hat stattgefunden. Die Mitglieder der Partei haben in Scarborough mit großer Mehrheit die offizielle Verteidigungspolitik ihrer Führung abgelehnt und sich für eine einseitige atomare Abrüstung Großbritanniens entschieden.

Bei der Abstimmung ging es um drei Anträge, die bestätigten, daß die Mitglieder der Labour Party mit Nachdruck darauf drängen, daß der Friede in der Welt durch atomare Abrüstung gewährleistet wird. Dabei gehen sie von der Voraussetzung aus, daß England durch einseitigen Verzicht auf atomare Waffen den Anfang machen sollte.

Die Verteidigungspolitik Hugh Gaitskells wurde abgelehnt (3 339 000 gegen 3 042 000 Stimmen, Mehrheit: 297 000). Eine Entschließung der Maschinenbauarbeitergewerkschaft sprach sich für „einen einseitigen Verzicht auf die Erprobung, Herstellung, Lagerung und Stationierung von Atomwaffen in Großbritannien“ aus. Diese Entschließung wurde angenommen (3 303 000 gegen 2 896 000 Stimmen, Mehrheit: 407 000). Ein Antrag des Führers der Transportarbeitergewerkschaft, Frank Cousins, forderte die Ablehnung jeder Verteidigungspolitik, die sich auf die Drohung mit Atomwaffen gründet. Und auch dieser Antrag, der das Anliegen aller Atomrüstungsgegner mit aller nur möglichen Klarheit und Kompromißlosigkeit formuliert, wurde angenommen (3 282 000 gegen 3 239 000 Stimmen, Mehrheit: 43 000).

Die Sprache, die die Zahlen sprechen, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das besonders Bemerkenswerte an diesen Entscheidungen ist die Tatsache, daß mit der Ablehnung der offiziellen Verteidigungspolitik der Labour Party nicht nur eine Politik abgelehnt wird, die sich auf die Abschreckung durch Atomwaffen gründet. Es wird auch der letzte Kompromißvorschlag der Parteiführung abgelehnt, der zwar eine Abrüstung Großbritanniens vorsah — aber nur innerhalb eines weltweiten Abrüstungsabkommens. Was damit zum Ausdruck kommt, ist der entschlossene Wille der englischen Gewerkschaftler, sich nichts mehr vorgaukeln zu lassen von Politikern, die fortwährend von Abrüstung reden, aber keine Schritte unternehmen, um sie auch zu verwirklichen. Hinter dieser Entschlossenheit steht die durch bittere Erfahrungen gewonnene Erkenntnis, daß hinter solchen Bedingungen, mögen sie auf den ersten Blick noch so be-

rechtigt erscheinen, sich nur allzu leicht eine Haltung verbirgt, die die Abrüstung in Wirklichkeit ablehnt. Solche „Bedingungen“ sind dann der willkommene Vorwand, mit dessen Hilfe man die unwillkommene Entspannung und Abrüstung immer weiter herauschieben kann. Es ist bestimmt kein Zufall, daß in Scarborough die gleichen Probleme zur Debatte standen, die auf der fünfzehnten Vollversammlung der UNO in New York die Delegierten der Welt beschäftigten. Dort war es Chruschtschow, der darauf hinwies, daß er es nicht dulden werde, daß die Frage der Abrüstung, die im Augenblick die brennendste Frage in der Welt überhaupt ist, immer wieder in Ausschüsse verwiesen wird und so nicht zu einer Lösung geführt, sondern auf die lange Bank geschoben wird. Die Entscheidung, die in Scarborough gefallen ist, ist ein unübersehbares Zeichen dafür, daß sich die Entlarvung derjenigen, die im Grunde den kalten Krieg wollen, nicht mehr aufschieben läßt und daß in nicht allzu langer Zeit die Epoche des kalten Krieges von der Entwicklung überholt sein dürfte.

Aber der Jahreskongreß von Scarborough ist noch in einer anderen Hinsicht von größter Bedeutung: Die Entscheidungen, die dort gefallen sind, sind von der Mitgliedschaft der Labour Party gegen ihre Führung erzwungen worden. In dem Bericht der „TIMES“ heißt es, daß die Richtlinien für die Politik der Labour Party zum erstenmal seit langen Jahren von den „footsloggers, doorknockers and envelope stickers“ bestimmt worden sind: die footsloggers sind diejenigen, die „an die Türen klopfen“ und die envelope stickers sind diejenigen, die „etwas in Briefumschläge stecken“. Treffender und anschaulicher kann man das, was gemeint ist, wohl kaum in Worte fassen: Diejenigen, die die tägliche Kleinarbeit leisten, haben hier bewiesen, daß sie wissen, worauf es ankommt, daß sie die Notwendigkeiten des Augenblicks erkennen und sich Gehör zu verschaffen vermögen. Auch in dieser Hinsicht wird Scarborough wegweisend sein, denn die Stimme des Volkes, derjenigen also, die die Arbeit tun, wird sich auch in anderen Ländern nicht mehr lange überhören lassen.

So sicher wir einerseits sein können, daß die Entwicklung notwendigerweise in dieser Richtung verlaufen muß, so müssen wir uns doch andererseits vor einem billigen Opportunismus hüten, der dazu verführt, die Hände in den Schoß zu legen und nun weiter nichts mehr zu tun. Die Atomrüstungsgegner Großbritanniens sind sich darüber im klaren, daß ihre eigentliche Arbeit jetzt erst beginnt. Sofort nachdem die Entscheidung gegen seine Verteidigungspolitik gefallen war, sagte Gaitskell dem Parteitag den offenen Kampf an: „Glaubt ihr vielleicht, wir vom Volk gewählten Abgeordneten können eine solche Entscheidung plötzlich hinnehmen?“ rief er aus. Die Tatsache, daß allgemein mit einer Spaltung der Partei gerechnet wurde, läßt auf die Härte des noch bevorstehenden Kampfes schließen. Der Jahreskongreß ist zu Ende gegangen, ohne daß es zu der Spaltung

gekommen ist, aber innerhalb der Partei geht der Kampf weiter. Darüber hinaus stellt sich die Aufgabe, die der Abgeordnete Zilliacus in dem Brief, der im KONGRESSDIENST Nr. 4/1960 veröffentlicht wurde, in folgende Worte faßte: „Aber der eigentliche Spaß wird erst nach der Konferenz beginnen, wenn wir die neue Linie im Parlament und draußen im Land verteidigen müssen.“ An Angriffen von seiten der Konservativen Partei und der Regierung wird es nicht fehlen. Aber damit rechnen die englischen Atomrüstungsgegner, ja, sie heißen es sogar willkommen. „Sie werden sagen, wir seien Verräter, aber wir fürchten uns nicht davor. Wir begrüßen es sogar. Je heftiger sie uns angreifen, weil wir keine Atomwaffen haben wollen, um so mehr werden die Leute anfangen, über die wirklichen Argumente nachzudenken — und das ist gerade das, was wir wollen!“ (TIMES 6. 10. 1960).

A PUBLIC MEETING

DR. J. K. SPEARING

Head of Department of Botany and Zoology
Sir John Cass College, London

MR. JOHN HORNER

General Secretary, Fire Brigade Union

THE REV. G. STANLEY EVANS

Canon of Southwark Cathedral

Chatham Town Hall

The above will speak on the problems and dangers of the atomic age. The individual responsibility in the atomic age

BRITAIN leads the world in PEACEFUL uses of the ATOM — Let BRITAIN lead the world in BANNING THE H-BOMB

Monday 17th October

AT 7.30 P.M.

The Medway Towns Campaign for Nuclear Disarmament —
Secretary, E. Dales, 12 First Avenue, Gillingham, Kent

READER & PHILLIPS, GILLINGHAM

Britannien ist führend in der Welt bei der friedlichen Verwendung des Atoms. — Sorgt dafür, daß Britannien auch darin wegweisend für die Welt wird, daß es die H - B o m b e verbietet.

Die Pflicht, über die durch die Labour Party in England neu geschaffene Situation nachzudenken, ergibt sich besonders auch für uns in der Bundesrepublik. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Folgen die neue Politik der Labour Party für die westdeutschen Parteien und Atomrüstungsgegner haben wird und welche Konsequenzen sich daraus für uns notwendigerweise ergeben.

Es nimmt uns nicht wunder, daß die Entscheidung von Scarborough in CDU-Kreisen auf allerschärfste Ablehnung stößt. Der Verteidigungsminister Strauß ging auf einer Wahlkundgebung der CDU in Ludwigshafen sogar so weit, zu erklären, wer den Mehrheitsbeschlus

Fortsetzung von Seite 2

fahr einer plötzlichen Explosion im Herzen unseres Vaterlandes Wirklichkeit wird.

Wir tragen eine große Verantwortung für unser Volk und für den Frieden der ganzen Welt — die Geschichte wird darüber richten, ob wir ihr gerecht geworden sind.

Ihr



Atomkraftwerk Kahl

Der KONGRESSDIENST möchte seine Leser auch über die Möglichkeiten der friedlichen Verwendung der Atomenergie unterrichten. Aus diesem Grunde bringen wir heute mit der freundlichen Genehmigung des Versuchsatomkraftwerkes Kahl einen Artikel, der eine erste Einführung geben soll, in die Art, wie ein solches Atomkraftwerk überhaupt arbeitet, und in die Probleme, die sich beim Bau eines Atomkraftwerkes ergeben. Über den weiteren Verlauf der Arbeit in diesem ersten Atomkraftwerk der Bundesrepublik werden wir zu gegebener Zeit unterrichten. D. Red.

Auf dem Gelände der „Gewerkschaft Gustav“, in Nachbarschaft des Kraftwerkes Dettingen, ist seit 1½ Jahren das Versuchsatomkraftwerk Kahl im Bau.

Das etwas düster dreinschauende „Umschließungsgehäuse“ mit den daran anschließenden Betriebsgebäuden ist inzwischen eine markante Stelle im Kähler Landschaftsbild geworden. An schönen Sonntagen kommen die Bewohner von Kahl und Großwelzheim an den Werkszaun und schauen sich verwundert und interessiert das schnell aufwachsende Bauwerk an. Jeder möchte gerne wissen, „wie's drinnen aussieht“. Wir wollen mit diesem Bericht einen Blick über den Zaun tun und einmal Umschau auf der Baustelle halten. Das zweistöckige Gebäude im Vordergrund birgt ein sogenanntes „heißes Labor“, die Einrichtungen des „Strahlenschutzdienstes“, Test- und Reini-

gungsräume für Personal, das im „aktiven Teil“ der Anlage beschäftigt ist, eine Werkstatt und einige Betriebsbüro-räume. Das vierstöckige Gebäude links im Hintergrund umfaßt im oberen Stockwerk die zentrale Warte, von wo aus die gesamte Anlage überwacht und gesteuert werden kann. In den unteren Stockwerken ist die elektrische Eigenbedarfsanlage installiert, mit Batterieraum, Hoch- und Niederspannungsschaltanlage und einem weiträumigen Kabelboden unterhalb der Warte. Hinter diesem Bau entsteht die Turbinenhalle, in der ein 15 000-kW-Turbogenerator zur Aufstellung kommt. In dem bereits erwähnten Umschließungsgehäuse auf der rechten Seite wird der Reaktor untergebracht. Hinter diesem Gehäuse, auf dem Bilde nicht zu sehen, steht die sogenannte „Aufbereitung“, in der Wasser, das Radioaktivität besitzt, gereinigt wird. Eingebaut ist dort

weiterhin ein Wasserbecken, das zur Lagerung und Kühlung von ausgebranntem Kernbrennstoff dient.

Um den Sinn dieser Gebäude-Anordnung und Gestaltung zu verstehen, wollen wir uns einer einfachen Prinzipdarstellung bedienen. Anstelle des kohle-gefeuerten Dampfkessels tritt im Atomkraftwerk der Reaktor als Dampferzeuger. Er ist eine Wärmequelle besonderer Art. Auf verhältnismäßig kleinem Raum produziert der „atomare Brennstoff“ für viele Monate oder gar Jahre Wärmeenergie, ehe er erschöpft ist. Es soll an dieser Stelle nicht im einzelnen erläutert werden, wie durch die Atomkernspaltung Wärme entsteht. Der interessierte Leser sei auf eine frühere Veröffentlichung in unserer Werkszeitschrift (RWE-Verband Nr. 15/1956) verwiesen.

Das Herz der Anlage ist der „Reaktor-kern“. In der Kähler Anlage besteht er aus etwa 3200 Uranoxydstäben, die einen Durchmesser von 12 mm haben und 1,5 m lang sind. In einer genau bestimmten geometrischen Anordnung werden diese Stäbe, gebündelt zu Elementen, in das „Reaktor-druckgefäß“ eingebaut (siehe Heft 15). Das Gefäß ist zu $\frac{2}{3}$ mit Wasser gefüllt, so daß der Kern dauernd überflutet ist.

Fortsetzung von Seite 5

auch Mitglieder der dänischen kommunistischen Partei teil. Das ist dort genauso selbstverständlich, wie auch Angehörige der sozialistischen Parteien oder der Gewerkschaften mitgingen. Sie haben alle verschiedene politische Meinungen, aber in dieser einen Frage sind sie sich einig: Heute ist es die wichtigste Aufgabe, einen Atomkrieg zu verhindern!

Die dänische Bevölkerung ist sehr daran interessiert zu wissen, was man mit ihr vorhat. Sie will nicht Atom-Stützpunkt der NATO sein, sie lehnt die Atomversuche ab, die die Radioaktivität der Luft und des Regens gefährlich ansteigen lassen. Sie fordert das Verbot der Atombombe. Deshalb waren auch in diesem Marsch alle Schichten der Bevölkerung vertreten, Hausfrauen, Pfarrer, Arbeiter, Studenten etc. Im Laufe der drei Tage wuchs der Zug immer mehr, am dritten Tag hatte er eine Länge von 2 km. Am ersten Tag nahmen schon 500—600 Personen teil, am zweiten Tag waren es beinahe 900, und am Anfang des dritten Tages marschierten 1200 mit. Ständig kamen mehr hinzu, bei der Kundgebung standen schließlich 10 000 auf dem Rathausplatz von Kopenhagen.

Der erste Tag war am schwierigsten, es waren 36 km zu gehen. Trotzdem blieb sogar am Abend die Stimmung noch großartig. Auch an den anderen beiden Tagen, an denen 24 und 17 km zu gehen waren, kam keine müde Stimmung auf, trotzdem es am letzten Tag viel regnete. Zu dieser ausgezeichneten Stimmung hat sicher die rege Anteilnahme der Bevölkerung viel beigetragen. Am Ende des ersten Marschtages geleitete eine Gruppe der Pfadfinderjugend den Marschzug mit Musik in die Stadt Roskilde. Am zweiten Tag erlebten wir voller Freude, daß in einer kleinen Ort-

schaft eine Jugendkapelle der dänischen „Falken“ an der Straße für uns spielte. Als wir am dritten Tag nach Kopenhagen hineingingen, kam spontan eine Frau in den Zug, verteilte Birnen und ging mit uns. Auf dem Rathausplatz übersetzte uns eine Kopenhagenerin die Reden. Sie hatte sich dafür von einer dringenden Arbeit freigegeben. Der Kampf gegen die Atomrüstung ist wichtiger. Eine bekannte dänische Jazzband nahm am Marsch teil und spielte zwischendurch am Weg für uns. Auch das munterte immer wieder auf. Eine junge Frau ging mit einem Kinderwagen im Zug, an dem sie Plakate befestigt hatte: „Niels will leben“ und „Der kleine Niels hat schon Strontium 90 in seinem Körper“. Die Polizei war überall zuvorkommend und aufmerksam, behilflich und freundlich.

Aber selbst wenn das Echo in der Bevölkerung nicht so stark gewesen wäre, hätte doch niemand aufgegeben. Die dänischen Atomrüstungsgegner sind entschlossen, mit allen Mitteln einen drohenden Atomkrieg zu verhindern.

Die Einigkeit und Solidarität der Atomrüstungsgegner verschiedener Länder zeigte sich auch hier wieder. Aus Schweden, Norwegen, Finnland, USA, England, Griechenland und Deutschland waren Marschteilnehmer gekommen, um die dänische Bevölkerung in ihrer Entschlossenheit zu stärken und zu unterstützen.

Als diese große Protestdemonstration in der Halle im Tivoli abschloß, wußten wir: Es war ein Erfolg! Diese mächtige Willenskundgebung der Atomrüstungsgegner kann nicht überhört werden, dieser Protest ist wieder ein Schritt weiter zum Ziel: Abrüstung, Entspannung und friedliches Miteinanderleben aller Völker der Erde.

Um eine direkte Berührung mit dem Wasser zu vermeiden, sind die Stäbe mit einer dünnwandigen, 0,7 mm starken Metallhülle umgeben, die aus der neuartigen Metallegierung „Zirkaloy“ besteht. Beim Einsetzen der Kettenreaktion erwärmen sich diese Stäbe und bringen das umgebende Wasser zum Sieden. Deshalb wird diese Art von Reaktoren „Siedewasser-Reaktor“ genannt. Der Grad der Erwärmung und damit die Größe der Dampfleistung kann durch Regelstäbe, die durch die Unterseite des Druckgefäßes eingeführt sind, in weiten Grenzen geregelt werden. Man kann den so erzeugten Dampf direkt zu einer Turbine leiten. In der Kähler Anlage wird jedoch so verfahren, daß der Dampf zu einem Wärmeaustauscher strömt. Dieser Wärmeaustauscher stellt gewissermaßen einen dampfbeheizten Dampfkessel dar. Der vom Reaktor kommende Dampf heizt ein Rohrsystem und bringt das darin befindliche Wasser wiederum zum Verdampfen. Beim Wärmetransport von der primären Seite des Wärmetauschers zur sekundären kondensiert der Reaktorheizdampf und strömt als Speisewasser automatisch wieder zurück zum Reaktor. So entsteht auf der Reaktor-seite ein geschlossener Dampf-Wasser-Kreislauf, der theoretisch keine Wasserverluste hat und keine Pumpleistung benötigt. Der sekundäre Dampf, das ist der Dampf, der nun aus dem Verdampfer austritt, strömt zur Turbine, leistet dort Arbeit und fließt als Turbinenkondensat zurück zum Wärmetauscher. So entsteht auf der Sekundärseite wiederum ein Dampf-Wasser-Kreislauf, wie er in jedem konventionellen Kraftwerk vorhanden ist. Was ist nun der Sinn dieser Anordnung? Der aus dem Reaktor kommende Dampf ist leicht radioaktiv. Bei einer direkten Aufgabe auf die Turbine würde auch diese radioaktiv werden und damit den Betrieb erschweren. Der Wärmeaustauscher hat

zwar den Nachteil, daß er den Wirkungsgrad der Anlage herabsetzt, er hat aber den Vorteil, daß er bei der Übertragung der Wärme von der Primär- auf die Sekundärseite die Radioaktivität nicht mit überträgt. Der Betrieb der Turbine entspricht so dem Herkömmlichen.

Die Tatsache, daß der Reaktordampf radioaktiv ist, deutet darauf hin, daß sich außer der Wärmebildung noch andere Vorgänge im Reaktor abspielen.



In der Tat ist der Reaktor sowohl eine Wärme- als auch eine Strahlungsquelle. Zum Schutze der Umgebung muß er deshalb abgeschirmt werden. Die Kahle Anlage besitzt um das Reaktorgefäß herum einen 3 m dicken Betongürtel. Seine Abschirmwirkung ist groß genug, um die übrigen Räume des Umschließungsgehäuses während des Betriebes für begrenzte Zeit begehen zu können.

Reaktordruckbehälter und Wärmetauscher sind aus Sicherheitsgründen in das Umschließungsgehäuse eingebaut. Dieses Gehäuse ist ein Druckbehälter aus 23-mm-Stahlblech. Er ist in der Lage — z. B. beim Bruch einer Dampfleitung —, den gesamten Dampf des Primärkreises aufzunehmen und damit eine Verseuchung der Atmosphäre zu verhindern. Seine Gesamthöhe beträgt fast 50 m, der Durchmesser 13 m; bis zur Hälfte ist er in die Erde eingelassen, so daß alle wichtigen Betriebssteile unterhalb der Erdoberfläche sind. Um die Stahlschale gegen das Grundwasser abzuschirmen und um ihr einen festen Stand zu geben, sitzt sie in einem Betonhohlzylinder wie ein Ei in einem Eierbecher.

Zu Beginn der Bauarbeiten wurde der untere Teil dieses Zylinders zu ebener Erde betoniert. Nach Art eines Senkkastens zog man in einer Höhe von 2,20 m eine Decke ein, so daß eine Arbeitskammer entstand, die nach unten offen war. Die Kammer wurde unter erhöhten Druck gestellt, um das Eindringen von Grundwasser zu verhindern. Die Erde unterhalb des Senkkastens konnte über Druckschleusen nach außen befördert werden. Durch ihr Eigengewicht sank die Kammer entsprechend des abgebauten Untergrundes nach unten. Im gleichen Tempo wurde die Zylinderwand im Gleit-

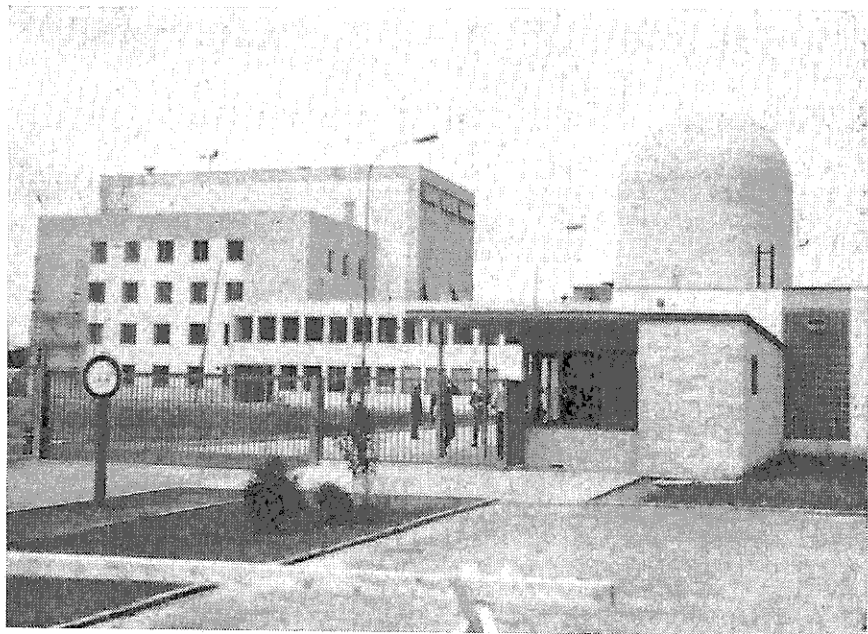
schalverfahren nach oben betoniert. Nach 50 Tagen war die Absenkung beendet. Der Betonzylinder hatte seine endgültige Lage erreicht. Die Arbeitskammer war 24 m tief in der Erde. Der notwendige Überdruck in der Endphase betrug 1,8 atm. Jetzt ist die Kammer mit Beton ausgegossen, so daß der Zylinder einen 4 m dicken Boden besitzt. Inzwischen waren bereits vorgebogene Bleche für das Umschließungsgehäuse angeliefert. Unter sorgfältigster

nung zu schaffen, die nach Beendigung der Arbeiten wieder geschlossen wird. Später ist der Zutritt nur noch über eine Personenschleuse möglich.

Zunächst arbeiteten die Bauleute im Inneren an der Errichtung der massiven Betonabschirmung. Etwa 1500 m³ Beton wurden verarbeitet. Da während des Betriebes ein Aufheizen eintritt, war es notwendig, diesen Beton äußerst stark zu armieren. Innerhalb dieses sog. „biologischen Schildes“ ist der Standort des Druckgefäßes. Per Bahn wurde es auf einem Tiefladewagen zur Baustelle transportiert.

Die Anfertigung des Druckgefäßes stellt hohe Anforderungen an die Fertigungstechnik, gilt es doch, gewalzte Bleche von 100 mm Stärke zusammenschweißen, unter strengster Kontrolle der Schweißnähte. Die Innenfläche des Gefäßes ist mit 7 mm starkem, nichtrostendem Blech belegt. Die Plattierung konnte nur bei erhöhter Temperatur vorgenommen werden und mußte unbedingt dicht an der Gefäßwand anliegen. Der Transport des 100 t schweren Behälters in das Umschließungsgehäuse erforderte eine besondere Hebevorrichtung, da der eingebaute Rundlaufkran hierfür zu schwach ist.

Der Wärmetauscher stellte ähnliche Transportprobleme wie das Druckgefäß. Auch er steht jetzt an Ort und Stelle. Konstruktiv und herstellungsmäßig bietet er mancherlei Probleme. Das sekundäre Rohrbündel mußte Rohr für Rohr an beiden Enden eingewalzt und verschweißt werden. Die geringste Undichtheit bedeutet Übertritt von aktivem Dampf auf die Sekundärseite. Durch betrieblich bedingte Temperaturdifferenzen treten Materialspannungen auf, die sicher beherrscht werden müssen. Die sekundäre Dampfaustrittsseite besitzt besondere Wasserabscheide-Vorrichtungen, um der Maschine möglichst trockenen Dampf zu liefern, um so mehr, als z. Z. noch nicht möglich ist,



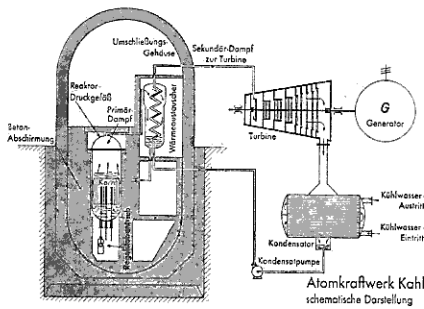
Unser Bild zeigt das Atomkraftwerk Kahle.

ung des Behälters kontrolliert (Heft Nr. 26, Seite 41).

Für die Fortsetzung der Arbeiten im Inneren des Umschließungsgehäuses war es notwendig, durch Herausnahme einiger Bleche eine große Montageöff-

mit Hilfe des Reaktors überhitzten Dampf zu erzeugen.

Mit der Lieferung dieser beiden Hauptkomponenten ist ein wesentlicher Schritt getan. Die übrigen Werksteile, wie Maschinenhalle, Warte, Labor usw.,



sind bauseitig so weit fertiggestellt, daß die Innenarbeiten bereits im Gange sind. Zahllose Meß- und Steuerkabel müssen installiert werden. Pumpen und Kühler werden eingebaut, Regel- und Kontrolleinrichtungen werden erstellt, Dampfleitungen aus austenitischem Material werden unter Einhaltung besonderer Reinheitsbedingungen mit größter Sorgfalt verlegt, eine Klimaanlage ist für die Bewetterung der ganzen Anlage im Bau; alles in allem — auf gedrängtem Raum eine Fülle technischer Einrichtungen.

Wie geht nun die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Reaktors vonstatten? Zunächst wird, wie der Fachmann sagt, der Reaktor „kritisch“ gemacht. Das klingt für den Nichteingeweihten etwas verdächtig. Was hat es damit nun für eine Bewandnis? Um die aus der Kernspaltung allgemein bekannten Kettenreaktionen aufrechtzuerhalten, muß ein Reaktor eine ganz bestimmte Größe haben, die sogenannte „kritische Größe“. Ist sie kleiner, klingt eine in Gang gesetzte Reaktion wieder auf Null ab; der Reaktor ist unterkritisch. Ist sie größer, wird die Kettenreaktion und damit die Leistung immer mehr ansteigen; der Reaktor ist überkritisch.

Die Arbeiten beginnen damit, daß eine begrenzte Zahl von Uranoxydstäben in das Reaktorgefäß eingesetzt wird. In diesem unterkritischen Zustand wird mit Hilfe einer künstlichen Neutronenquelle eine Kettenreaktion eingeleitet. Fügt man im weiteren Verlauf der Arbeiten immer mehr Stäbe hinzu, kann man aus dem Verlauf der Kettenreaktion durch entsprechende Messungen feststellen, bei welcher Anzahl von Stäben der Reaktor kritisch sein wird.

Das Kritischmachen erfolgt in Kahl bei geöffnetem, mit Wasser gefülltem Druckgefäß. Nach Erreichung des kritischen Zustandes wird der Reaktor mit ganz geringer Leistung betrieben. Man vermeidet dadurch, daß sich das Reaktorwasser merklich erwärmt. Da der Reaktor von da ab unter scharfer meßtechnischer Kontrolle gehalten werden muß, ist es erforderlich, daß alle Sicherheitseinrichtungen, wie z. B. Kontrollstabantriebe, Schnellabschaltvorrichtungen, elektronische Verstärkereinrichtungen, funktionsbereit sind.

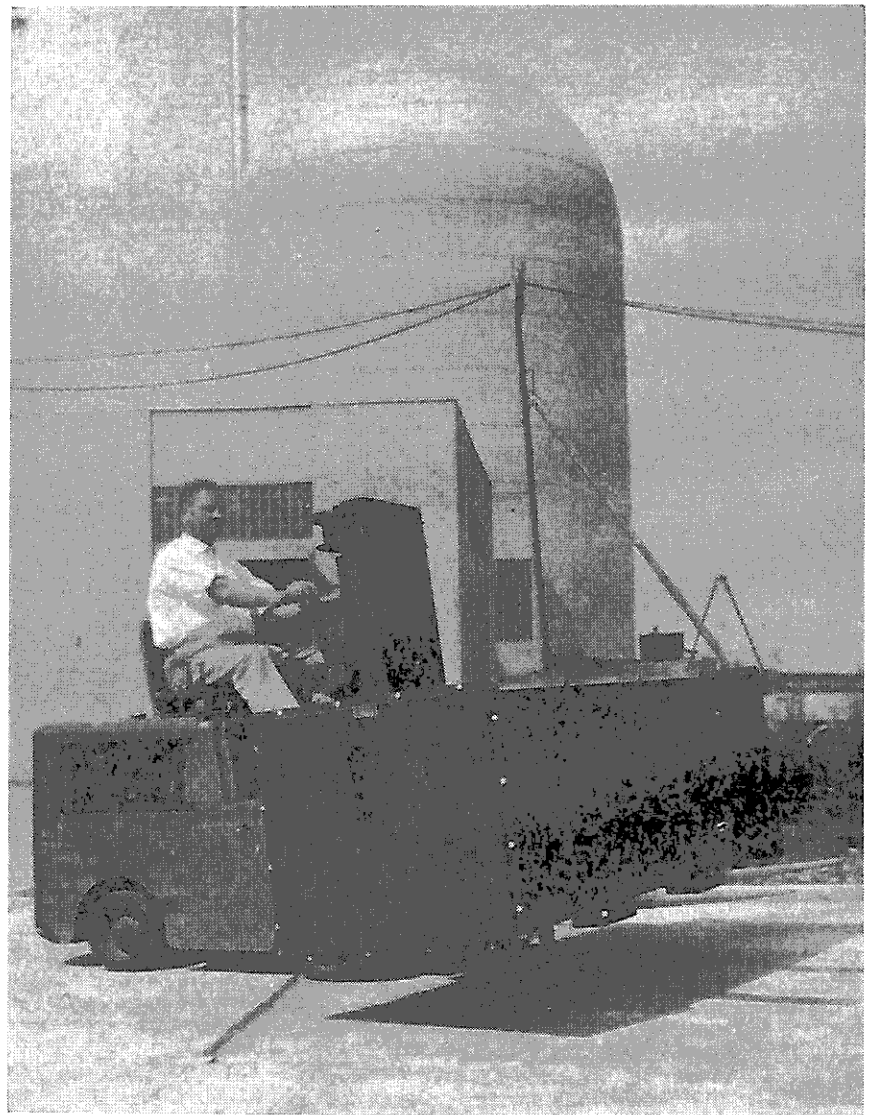
Der Einbau der Stäbe wird in den nächsten Wochen beginnen; z. Z. liegen sie noch beim Hersteller, der General Electric Company in San José (Kalifornien). Der kritische Zustand wird Mitte dieses Sommers erreicht sein. Über die Mindestzahl an Brennstäben hinaus werden in den Reaktor vor dem Aufsetzen des Deckels weitere Stäbe eingebaut, um die nötige Leistungsreserve zu schaffen. Ist das Gefäß geschlossen, wird der Re-

aktor durch Ausfahren der Kontrollstäbe auf Leistung gebracht, d. h., er erzeugt dann Dampf zum Antrieb der Turbine. Dieser Zustand wird im Herbst dieses Jahres erreicht werden. Bei Vollleistung werden dann 15 000 kW elektrische Leistung erzeugt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird diese Leistung noch erhöht oder sogar verdoppelt werden.

Mancher Leser wird nun sagen: Im Grunde genommen ist dies doch alles recht einfach. Dem ist aber nicht so. Die mit dem Bau eines Atomkraftwerkes verbundenen technischen und wirtschaftlichen Probleme sind sehr zahlreich und rufen die Vertreter aller technischen Wissenschaften auf den Plan. Alle müssen sie ihre technischen Kenntnisse erweitern. Der Metallurge hat zu beachten, daß der Stahl unter dem Einfluß der radioaktiven Strahlung Veränderungen erleidet; der Chemiker steht dem neuen Gebiet der Radiochemie gegenüber mit Reaktionsverläufen, die die klassische Chemie nicht kennt; der Elektriker muß Meßströme, die nicht größer sind, als die Ströme in unserem menschlichen Nerven-

system, so verstärken, daß damit eine technische Großanlage gesteuert werden kann; der Betriebsmann steht vor der Aufgabe, eine komplizierte technische Maschine in Gegenwart radioaktiver Strahlung in Gang zu halten; dieser Umstand wiederum schafft den neuen Beruf des „Strahlenphysikers“, der zum Schutze der in der Anlage Beschäftigten stetig die Wirksamkeit der Strahlung kontrolliert. Darüber hinaus melden sich zum Schutze der Allgemeinheit die Sicherheitskommissionen für Luft und Wasser, die Meteorologen und Bakteriologen, die Juristen, Volkswirtschaftler und Politiker. Nur durch den vollen Einsatz seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten läßt sich die Natur die gewaltige Energie der Atomkerne vom Menschen abringen.

Damit ist die Bedeutung und Aufgabe der Kahler Anlage umrissen. Sie gibt unserer Industrie Ansporn zu neuen technischen Leistungen, sie verschafft uns die Tuchfühlung mit einer neuen Technik und hilft uns für die Zukunft, den richtigen Weg zu finden in Richtung auf die Erstellung einer Großanlage.



Reaktorbrennstoff für das Kahler Atom-Kraftwerk

6,5 Tonnen Uranbrennstoff, dessen Wert sich auf ungefähr 12 Millionen Mark beläuft, hat das erste Atomkraftwerk der Bundesrepublik bei Kahl am Main erhalten. Hiermit wird das Kraftwerk Kahl etwa zwei Jahre lang ohne Nachschub an Reaktorbrennstoff elektrischen Strom in das deutsche Hochspannungsnetz liefern. Die Elektrizitätskapazität des Kahler Kraftwerks würde zur Versorgung einer Stadt von der Größe Aschaffenburgs ausreichen.

Unser Bild zeigt: Ein Hubstapler, mit dem die strahlengeschützten radioaktiven Stäbe befördert werden.

Einsam und verlassen...

Fazit der 15. UNO-Vollversammlung:

Die Welt hat kein Verständnis mehr für Bonner Atomrüstungspolitik

Bei Redaktionsschluß dauerte die 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen noch an, und niemand wußte vorherzusagen, zu welchem Ergebnis die in New York versammelten Vertreter der 98 Mitgliedsstaaten in der Abrüstungsfrage kommen werden. Wir halten aber die Vorgänge in der UNO für so außerordentlich bedeutsam, daß wir den Versuch gewagt haben, schon jetzt eine erste Bilanz zu ziehen. Selbstverständlich setzen wir in den nächsten Nummern des KONGRESSDIENSTES unsere Berichterstattung fort. D. Red.

Wenn man in den letzten Wochen unsere großen Tageszeitungen und ihre provinziellen Ableger verfolgte, drängte sich einem zwangsläufig der Eindruck auf, daß wieder einmal die ganze Welt scheinlich auf die tüchtigen Deutschen blickt. Das fing schon bei den olympischen Spielen in Rom an, wo uns die anderen Nationen unsere sportlichen Erfolge angeblich nicht gönnten. Noch schlimmer aber wurde es bei der UNO-Vollversammlung in New York. Die gesamte kommunistische und des Kommunismus verdächtige Welt bis hin zu Fidel Castro fiel über die Bundesrepublik her — „weil sie die vorgeschobene Bastion des Westens sei“, wie DIE WELT erklärte. Im Widerspruch zu dieser Begründung stand jedoch die auffallende Zughaftigkeit, mit der unsere NATO-Partner die Bonner Politik in Schutz nahmen. Hätte man uns wegen unserer NATO-Zugehörigkeit angegriffen, wäre kaum das geschehen, was das offizielle Bonn als „erschreckend“ bezeichnete: der erste Sprecher der NATO-Staaten, der kanadische Ministerpräsident Diefenbaker, erwähnte in seiner ausführlichen Darlegung des westlichen Standpunktes die deutschen und Berliner Probleme nicht einmal, und auch MacMillans beschwichtigende Erklärung, so gefährlich sei die Militärpolitik der Bundesregierung gar nicht, wurde mehr als Ableistung einer Anstandspflicht, keineswegs aber als völlige Unterstützung der adenauerschen Politik empfunden. (Besonders auffällig war übrigens, wie vorsichtig der britische Premier von der „heiklen Frage West-Berlin“ sprach.)

Dem offiziellen Beobachter der Bundesregierung, Botschafter Knapstein, wurde überall die kalte Schulter gezeigt, und seine Pressekonferenzen im UNO-Gebäude mußte er auf dringende Empfehlung unserer Bündnispartner absagen. Da auch bei den Neutralen jedes Echo für die Bonner Haltung ausblieb, nimmt es nicht wunder, daß man am Rhein über den Verlauf der UNO-Vollversammlung bestürzt war.

Alle die wehleidigen Feststellungen, wir stünden wieder einmal allein da, haben tatsächlich einen sehr nüchternen Kern. Es ist wirklich so, daß die ganze Welt immer skeptischer verfolgt, daß sich in der Bundesrepublik mehr und mehr der Geist wieder breit zu machen scheint, der die Welt am deutschen Wesen genesen lassen will. Das Auftreten mancher westdeutscher Olympia-Schlachtenbummler diskreditierte die zahllosen ehrlichen Sportenthusiasten, die sich ihre Romreise am Munde abgespart hatten, und die lautstarken Forderungen nach staatlicher Rückgliederung der verlorenen Gebiete im Osten und an den übrigen

Grenzen bis hin nach Südtirol, die unsere Bundesminister in einer Sonntagsrede nach der anderen erheben, erwecken im Ausland leicht den Eindruck, daß die Deutschen eben doch ein „unverbesserliches Volk von Größenwahnsinnigen“ seien.

In diesem Zusammenhang karrieren ausländische Zeitungen gelegentlich den „Deutschen Michel“, der gegen den Lauf der Weltgeschichte kämpft wie weiland Sancho Pansa gegen Windmühlensflügel. Der Lauf der Weltgeschichte wird nämlich nicht durch unser „Haltet-den-Dieb!“-Rufen bestimmt, wenn uns in Berlin die Quittung auf unsere propagandistischen Aufmärsche, Territorialforderungen usw. usw. präsentiert wird, sondern durch den Wunsch aller Völker der Erde nach Frieden. Die Zahl derjenigen, deren liebste Musik der Militärmarsch ist, wird nämlich immer kleiner — wenn wir auch gelegentlich das Gegenteil zu beweisen versuchen. Und seit dem Scheitern der Genfer Zehn-Mächte-Konferenz über die Abrüstungsfrage schaute die Welt nach New York auf die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Von Anfang an stand fest, wer sich hier an die Spitze des weltweiten Wunsches nach Abrüstung und Frieden setze, war sich der Zustimmung aller Völker gewiß.

Die Rede Eisenhowers wurde daher mit besonderer Spannung erwartet. Würde es dem Präsidenten gelingen, sich von den Bindungen an das Pentagon freizumachen und der Welt konstruktive Abrüstungsvorschläge zu unterbreiten, auf die sie so sehr wartete? In West und Ost war die Enttäuschung nach seiner Rede groß. Die Erklärung, es komme nicht auf die Vorschläge an, man solle stattdessen nach Genf zurückkehren und dort weiterberaten, wo man nach dem „Abbruch der Verhandlungen durch die Sowjetunion“ stehengeblieben sei, kann man zwar im kalten Krieg propagandistisch einsetzen — aber die nach Befreiung von der Kriegsdrohung lechzende Welt war davon nicht befriedigt.

Der nächste Redner stieg in den „Ring“, nicht durch die Hintertür gekommen, nicht erst seit seiner Ankunft in New York um die Sympathie der neutralen Staaten bemüht und zu Verhandlungen mit jedem anderen Staatsmann bereit, selbst mit seinem politischen Gegenüber, mit dem er sich so tief zerstritten hatte (und der diese ausgestreckte Hand auch nicht annahm): der sowjetische Premier Chruschtschow. Unsere Tageszeitungen berichteten neben tausend Nebensächlichkeiten von ihm vor allem eines: er habe den kalten Krieg wieder entfacht und vor allem „der UNO den Krieg erklärt“.

Liest man seine Rede im Wortlaut nach — man muß sie sich im Ausland beschaffen, da wieder einmal keine einzige westdeutsche Tageszeitung den Text vollständig abdruckte —, dann fällt einem sofort auf, daß die von Chruschtschow wegen der nicht ganz von Zwielight freien Rolle, die Hamarskjöld im Kongo gespielt hatte, vorgeschlagene Reorganisation des UNO-Sekretariats keineswegs der Kernpunkt der Rede ist. (Die Exekutive der Vereinten Nationen sollte damit übrigens nicht ausgeschaltet, sondern im Gegenteil repräsentativer gestaltet werden — damit machte sich der sowjetische Ministerpräsident in geschickter Weise zum Anwalt des afro-asiatischen Blocks, der auch an der von Chruschtschow angeregten Verlegung des Sitzes der UNO interessiert ist. „Dann würde uns manche Beleidigung erspart bleiben, die wir hier unserer Hautfarbe wegen hinnehmen mußten“, sagte der indonesische Staatschef. Oh, Freiheitsstatue im Hafen von New York, verhülle dein Haupt!)

Den Kernpunkt jener Rede bildeten vielmehr die beiden Programmpunkte: Abschaffung des Kolonialismus und vollständige Abrüstung innerhalb von vier Jahren in drei Etappen. Wen wundert es, daß hier die ganze neutrale Welt applaudierte — namentlich die jungen, vor kurzem erst selbständig gewordenen afrikanischen und asiatischen Staaten, die immer mehr zum entscheidenden Faktor in der Weltpolitik werden? Gerade die Enttäuschung über Eisenhowers Rede hatte den Boden dafür bereitet. Aber auch in den USA und in Westeuropa war das Echo sehr positiv — bis hin zu dem Kommentar einer amerikanischen Zeitung, mit diesem Programm würde der sowjetische Ministerpräsident nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den sogenannten farbigen Staaten „freie Wahlen“ gewinnen. Lediglich Bonn zieht sich in den politischen Schmolzwinkel zurück und weigert sich, Chruschtschows Vorschläge überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Wir reden nicht über Abrüstung — unser Beitrag zur 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen ist die berühmte Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr, in der offensive Kernwaffen für die Bundesrepublik gefordert werden, die denen der Sowjetunion mindestens gleichwertig seien — was übrigens nicht nur hinsichtlich der Art dieser Waffen bemerkenswert ist, sondern auch wegen der mit diesem Satz geforderten Menge! Und mit makabrem Stolz können wir feststellen, daß drei norddeutsche Städte bei den Atomkriegsmanövern HOLD FAST „total vernichtet“ worden seien — bei Manövern übrigens, die genau zum Beginn der Verhandlungen in der UNO anliefen. Sollte darin möglicherweise eine Parallele liegen zu den amerikanischen Manövern, die am Vorabend der Pariser Gipfelkonferenz stattfanden? Daß uns unsere kleinkleinlichen Schikanen gegen die DDR und gegen den innerdeutschen Handel im Ausland weitgehend als völlig über-



Dummheit oder Betrug?

Die atomare Verseuchung der Truppe lag einer Übung deutscher und niederländischer Truppenteile zugrunde, die jetzt nach dreitägigem, gemeinsamen Manöver in der Lüneburger Heide beendet wurde. Eine Spezialeinheit zur Verteidigung gegen ABC-Angriffe (atomar, bakteriologisch, chemisch) wurde auf deutscher Seite zur „Entstrahlung“ eingesetzt. Auf einem „Hauptentstrahlungsplatz“ bereiten Soldaten in Schutzanzügen die Fahrzeuge, Geräte, Waffen, Kleidung und Mannschaften getrennt von der gefährlichen, strahlenden Materie. Das geschah ganz einfach durch eine gründliche Dusche mit heißem Wasser und einem Reinigungsmittel, das jeder Haushalt kennt. Über die Wirksamkeit dieser Maßnahmen liegen glücklicherweise der Bundeswehr keine praktischen Erfahrungen vor.

Fortsetzung von Seite 9

flüssige Verschärfungen des Kalten Krieges wenig freundlich angekreidet werden, sei nur am Rande vermerkt. Wundert es uns noch, daß die Welt tatsächlich scheinbar auf uns blickt — allerdings nicht voll Neid, sondern voll Furcht und Sorge? Denn das ist der wahre und einzige Grund, weswegen wir in eine immer stärkere und immer hoffnungslosere Isolierung hineintreiben, wie es DER SPIEGEL schon vor einigen Wochen in seinem Leitartikel von Jens Daniel darlegte: Die Welt ist beunruhigt durch die Politik des einzigen europäischen Staates, der zugleich territoriale Forderungen an seine Nachbarn stellt und die Aufrüstung

seiner Armee mit Atomwaffen immer mehr forciert. Darum mögen sie die Deutschen nicht: weil sie nicht zu Unrecht fürchten, daß bei uns wieder einmal die Kräfte die Oberhand gewinnen könnten, die die Welt inzwischen genugsam kennengelernt hat — jene Kräfte, die meinen, ihre politischen Forderungen durch Säbelrasseln glaubwürdiger werden zu lassen. Und von ihrer Gefährlichkeit läßt sich die Weltöffentlichkeit auch nicht durch taschenpielerisches Jonglieren mit angeblichen Zahlen über ostdeutsche Truppenstärken und Malinowski-Enttrollungen über „Angriffspläne“ der DDR, die uns nicht einmal unsere NATO-

Proteste

„Nordischer Tag“ in Lübeck

Der „Nordische Tag“, von der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung veranstaltet, fand deshalb statt, weil uns alle tiefe Sorge um die Zukunft bewegt. Diese Sorge ist begründet; denn wächst nicht ständig die Gefahr eines Atomkrieges? Wir fühlen uns bedroht durch die geplante atomare Aufrüstung der Bundeswehr. Und wir lehnen mit aller Entschiedenheit das ebenfalls von der Bundesregierung geplante Notdienstgesetz ab, das einen ungeheuren Eingriff in unsere Rechte und Freiheiten bedeutet, die uns doch nach dem Grundgesetz verbürgt sind!

Alle 400 Anwesenden unterschrieben eine Resolution, die dem Bundestag übergeben werden soll. Außerdem wurde noch ein Schreiben an die UNO-Vollversammlung verfaßt.

Die eindrucksvolle Tagung hat uns wieder einmal gezeigt — und das kann nicht genug gezeigt werden — wie gefährlich es ist, der Entwicklung in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt gleichgültig gegenüberzustehen. Wir können nicht alles über uns ergehen lassen, wir müssen uns wehren gegen die Kräfte, die mit aller Macht in einen dritten Weltkrieg hineinsteuern, der unweigerlich zur Vernichtung allen Lebens auf der Erde führt! H. W.

Gedenkt der Opfer von Hiroshima!

Die Arbeitsgemeinschaft der Friedensverbände von Lünen forderte durch eine Mahnwache am Bahnhof und durch einen Aufruf die Bürger der Stadt auf, die Opfer von Hiroshima nicht zu vergessen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

250 000 unschuldige Menschen mußten in Hiroshima ihr Leben opfern, Tausende sind in den nachfolgenden Jahren unter furchtbaren Qualen dem Strahlentod erlegen. Tausende noch Ungeborener kamen mit unfabaren Mißbildungen an Körper und Geist zur Welt.

Die geschändeten und getöteten Opfer träre das schrecklichste Wort der Geschichte UMSONST, wenn sie uns, den Überlebenden eines grausamen, sinnlos provozierten Weltkrieges, nicht zur ersten Mahnung dienen.

Partner glauben, ablenken.

Noch ist die 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht zu Ende, aber schon heute steht fest, daß „der deutsche Name ernstlich Schaden genommen hat“, wie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG feststellte. Der Nutznießer davon ist die DDR, deren Abrüstungs-memorandum unter den Vertretern aller UNO-Mitgliedsstaaten zirkuliert.

Die Politik der Bundesregierung gefährdet also nicht nur den Frieden, sondern schädigt auch das Ansehen der Bundesrepublik in der ganzen Welt.

Wie lange soll das noch weitergehen?

m-r

Abrüstungsvorschläge

Damit sich unsere Leser ein eigenes Urteil über die im Augenblick zur Diskussion stehenden Abrüstungspläne bilden können, veröffentlichen wir im folgenden die Hauptgedanken der Abrüstungspläne der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjet-Union. D. Red.

Abrüstungsplan der Vereinigten Staaten von Amerika.

Im einzelnen sieht Eisenhowers „Plan für Frieden und Recht“ vor:

1. Sofortige Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche.

Eisenhower betonte dazu: „Unser Ziel besteht darin, ein Abkommen über all die verschiedenen Maßnahmen zu erreichen, die eine allgemeine und umfassende Abrüstung herbeiführen werden. Jeder aufrichtig denkende Mensch muß jedoch anerkennen, daß dies eine riesige Aufgabe ist. Sie wird viel Zeit erfordern.“

2. Sofortige Expertengespräche über die Beendigung des nuklearen Wettrennens und über die Vernichtung aller atomaren Waffen.

Hierzu führte Präsident Eisenhower aus: „Wenn die Sowjetunion einer Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für Waffenzwecke zustimmt, dann könnten einige Produktionsstätten unverzüglich geschlossen werden. Die Vereinigten Staaten würden bereit sein, genau die gleiche Zahl großer Fabriken zur Produktion spaltbaren Materials zu schließen wie die Sowjetunion, Fabrik um Fabrik, unter einer internationalen Inspektion. Wir wollen nur das eine — daß ein solches Programm nicht irgendeinem Land militärische Vorteile bringt und daß es die Inspektion der Rüstungen anderer Länder gestattet. Ein Abrüstungsprogramm, das nicht einer Inspektion unterliegt und das nicht garantiert wird, würde die Kriegsgefahr nicht reduzieren, sondern sie noch vergrößern.“

3. Neutralisierung des Weltraumes in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

Hierzu führt der amerikanische Präsident aus: „Wir dürfen die Chance nicht verpassen, die wir immer noch haben, um die Zukunft des Weltraumes zu kontrollieren.“

Eine bessere Wettervoraussage, verbesserte weltweite Nachrichtenverbindungen sowie eine wirksamere Erforschung nicht nur des Weltraumes, sondern auch unserer eigenen Erde wären nur einige der Vorteile einer solchen Zusammenarbeit.“ Eine Übereinkunft über diese Vorschläge würde nach Ansicht Eisenhowers die künftigen Generationen in die Lage versetzen, in der Erforschung des Universums einen friedlichen und wissenschaftlichen Fortschritt und nicht „eine weitere schreckeneinflößende Dimension des Wettrennens“ zu sehen.

4. Ausklammerung Afrikas aus dem Ost-West-Konflikt durch ein Übereinkommen über Nichteinmischung und über eine im Rahmen der Vereinten Nationen den jungen afrikanischen Staaten zu gewährende wirtschaftliche, politische und kulturelle Hilfe.

5. Verstärkung der Rolle der Vereinten Nationen durch ständige Bereitstellung von Truppen für eine UN-Polizeimacht und eines ständigen Stabes militärischer, politischer und wirtschaftlicher Berater für den UN-Generalsekretär.

Abrüstungsplan der Sowjet-Union.

Die Sowjetregierung schlägt vor, daß alle Staaten in drei einander folgenden Etappen binnen vier Jahren oder einer anderen vereinbarten Zeit all ihre Streitkräfte und Rüstungen restlos und endgültig liquidieren. Alle Abrüstungsmaßnahmen müssen dabei unter strenger Kontrolle stehen, damit kein Staat der Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß dem Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung ausweichen könnte und damit folglich keiner dieser Staaten die Liquidierung der Streitkräfte und Rüstungen anderer Staaten zu aggressiven Zwecken mißbrauchen könnte.

1. Auf der ersten Etappe von etwa 1 bis 1½ Jahren Dauer muß die Produktion von Mitteln zur Zielbeförderung von Kernwaffen eingestellt und müssen alle bereits geschaffenen Mittel vernichtet werden. Auf der gleichen Etappe sind alle ausländischen Militärstützpunkte auf fremdem Boden aufzulassen und alle ausländischen Truppen von diesen Territorien abzuziehen. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Staaten muß radikal reduziert werden, wobei für die UdSSR und die USA die Höchstgrenze der Streitkräfte mit 1 700 000 Mann festgesetzt wird. Entsprechend sind auch die konventionellen Rüstungen einzuschränken.

Die Verwirklichung all dieser Maßnahmen wird bedeuten, daß ein bis anderthalb Jahre nach Inkrafttreten des Abrüstungsvertrags kein Staat mehr Kampftraketen, für die Beförderung von Atom- und Wasserstoffbomben geeignete Kriegsflugzeuge, für dasselbe Ziel ausgestattete Kriegsschiffe oder sonstige Mittel, die bei der Zielbeförderung von Kern-Sprengladungen verwendet werden können, haben wird.

2. Auf der zweiten Etappe schlägt die Sowjetregierung unter anderen Maßnahmen das volle Verbot der nuklearen, chemischen, biologischen und der anderen Massenvernichtungswaffen, einschließlich der Einstellung der Produktion sowie der Vernichtung vorhandener Bestände an diesen Waffen, wie auch eine weitere Einschränkung der Streitkräfte der Staaten bei entsprechender Reduzierung der Rüstungen und der Kriegstechnik vor.

Die Durchführung dieser großen Maßnahmen wird bedeuten, daß es in der Welt keine Massenvernichtungswaffen mehr geben wird, die

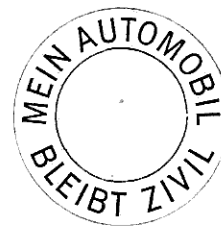
Streitkräfte aber und die konventionellen Rüstungen erheblich reduziert werden. Es ist klar, daß dies die Möglichkeit des Ausbruchs von militärischen Konflikten zwischen den Staaten auf ein Mindestmaß herabsetzen wird.

3. Was die dritte Etappe anbelangt, so ist die Sowjetregierung der Meinung, daß man bei der Abrüstung noch weiter gehen und die Vernichtung der Streitkräfte und Rüstungen aller Staaten vollenden, die Rüstungsproduktion einstellen, die Kriegsministerien, Generalstäbe und allerlei militärische und militaristische Institutionen und Organisationen auflösen, wie auch die Bewilligungen für militärische Zwecke einstellen muß.

Nach Abschluß der dritten Etappe der allgemeinen und völligen Abrüstung werden die Staaten keine Soldaten, keine Waffen mehr besitzen, und die Kriegsgefahr wird folglich endgültig und auf immer gebannt sein. Dann wird der jahrhundertalte Traum aller Völker — eine Welt ohne Waffen, eine Welt ohne Kriege — Wirklichkeit sein.

Was die innere Sicherheit der Staaten betrifft, so wird sie durch strikt beschränkte, vereinbarte Kontingente der Polizei bzw. Miliz gewährleistet werden. Wenn notwendig, werden die Staaten dem Sicherheitsrat solche Kontingente zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit zur Verfügung stellen. Das sind die Hauptpunkte des sowjetischen Vorschlags „Hauptgrundsätze eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung“.

Lassen Sie Ihr Auto nicht im Stich!



„Lieber fahre ich meinen Wagen gegen den nächsten Baum, als daß ich ihn abliefern.“
Diese Reaktion ist verständlich. Bedenken Sie aber bitte, ob Sie Ihren Wagen nicht gerade im „Spannungsbereich“ selbst dringend brauchen?
Wenn Sie Ihr Auto behalten wollen — wenn Sie glauben, daß Dr. G. Schröder über Ihre Meinung aufgeklärt werden muß — dann werfen Sie diese Karte noch heute in den nächsten Briefkasten!

Ein Protest von 7,5 Mill. Autobesitzern kann nicht übersehen werden!

Im Rahmen der Notstands-Gesetze, die den Erfordernissen eines totalen Krieges Rechnung tragen, ist geplant, auch alle privaten Kraftfahrzeuge zum Kriegsdienst heranzuziehen. Der deutsche Zweig der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL fordert mit der abgebildeten Selbstklebplakette zu einer Protestaktion „Mein Automobil bleibt zivil“ auf. Die Plaketten können angefordert werden bei: War Resisters' International, Deutscher Zweig, Landesverband Bayern e.V., München 23, Gedonstr. 10.

Abrüstung in Deutschland

Da sich im Zusammenhang mit der Frage der Abrüstung für Deutschland eine ganze Reihe besonderer Probleme ergeben, werden wir nicht umhin kommen, uns über unsere Situation auch besondere Gedanken zu machen. Wir veröffentlichen aus diesem Grunde im folgenden die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem Thema. Wir hätten an dieser Stelle gerne auch einen Abrüstungsvorschlag der Bundesrepublik zur Diskussion gestellt. Wir sehen uns dazu leider nicht in der Lage, da uns keiner bekannt ist. D. Red.

A. Die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in drei Etappen:

I. Etappe (1960/61)

1. Beide deutsche Staaten verzichten durch völkerrechtlich verbindliche Erklärungen, die beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt werden, darauf, Gewalt gegeneinander und gegenüber dritten Staaten anzuwenden.
2. Beide deutsche Staaten vereinbaren einen Rüstungsstopp. Sie verpflichten sich, nach Bekanntgabe des Standes ihrer Streitkräfte und Rüstungen, sie auf diesem Stand zu belassen und keine weitere Verstärkung vorzunehmen.
3. Beide deutsche Staaten verzichten auf die Atomrüstung. Sie verpflichten sich, keine Kern- und Raketenwaffen herzustellen oder sich an ihrer Herstellung in anderen Staaten zu beteiligen oder solche Waffen zu erwerben oder anzunehmen sowie sich nicht an Kernwaffenversuchen anderer Staaten zu beteiligen. Die Stationierung weiterer ausländischer Atomwaffen wird sofort eingestellt.
4. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, keine chemischen und biologischen Waffen herzustellen oder sich an ihrer Herstellung in anderen Staaten zu beteiligen oder solche Waffen zu erwerben oder anzunehmen sowie sich nicht an Versuchen mit solchen Waffen in anderen Staaten zu beteiligen.
5. Beide deutsche Staaten unterbinden auf ihrem Territorium jedwede Kriegspropaganda und Propaganda für territoriale Forderungen gegenüber anderer Staaten.
6. Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Zu diesem Zweck berufen die Mächte der Anti-Hitler-Koalition eine Friedenskonferenz ein, an der Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen.

II. Etappe (1962)

1. Beide deutsche Staaten verringern ihre Streitkräfte und Rüstungen. Das frei werdende Rüstungsmaterial wird vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt. Die Militärausgaben werden herabgesetzt. Die Standorte der verbleibenden Streitkräfte werden vereinbart.
2. Beide deutsche Staaten verzichten auf die Wehrpflicht. Das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland wird aufgehoben.
3. Auf der Grundlage des inzwischen abgeschlossenen Friedensvertrages vereinbaren die vier Staaten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichneten, mit den beiden deut-

schen Staaten den Abzug aller ausländischen Truppen und die Beseitigung aller ihrer Stützpunkte und Depots. So werden alle Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt und die wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes geschaffen.

4. Die im Besitz deutscher Streitkräfte befindlichen Raketenwaffen werden vernichtet.

III. Etappe (1963/64)

1. Die Streitkräfte beider deutscher Staaten werden endgültig aufgelöst und Waffen, Munition und militärische Geräte aller Art vollständig vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt.
2. Zur Gewährleistung der inneren Ordnung behalten beide deutsche Staaten Polizeikräfte, deren Stärke, Ausrüstung und Standorte vereinbart werden.
3. Die Produktion für militärische Zwecke in beiden deutschen Staaten wird beendet. Die entsprechenden Werke werden auf Friedensproduktion umgestellt.
4. In beiden deutschen Staaten werden alle militärischen Institutionen (die zuständigen Ministerien, Führungsstäbe, Militärakademien, Erfassungsamter usw.) aufgelöst.
5. Beide deutsche Staaten lösen ihre Zugehörigkeit zur NATO bzw. zum Warschauer Vertrag, wodurch Deutschland von militärischen Blockbindungen frei wird. Beide deutsche Staaten erklären ihre Neutralität, die von den Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition oder von den Vereinten Nationen garantiert wird.

B. Die Verwendung der durch die allgemeine und vollständige Abrüstung frei werdenden Mittel:

Die beiden deutschen Staaten werden die durch die Abrüstung frei werdenden Mittel für den Wohnungsbau, für die Erweiterung der sozialen Einrichtungen, für die Erhöhung der Renten und für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke sowie für die Hilfeleistung an ökonomisch schwach entwickelte Länder verwenden.

C. Kontrollmaßnahmen:

Zur Kontrolle der Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird ein Kontrollorgan geschaffen, das sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des westdeutschen Bundestages sowie aus Vertretern der Gewerkschaften und anderer demokratischer Massenorganisationen, wie Frauen- und Jugendverbände, zusammensetzt.

Das Kontrollorgan nimmt seine Tätigkeit auf, sobald eine Vereinbarung bei-

der deutscher Staaten besteht oder ein entsprechender Beschluß seitens der Vereinten Nationen vorliegt. Es erhält alle Vollmachten, um die Durchführung der Abrüstung in beiden deutschen Staaten entsprechend den in den einzelnen Etappen vorgesehenen Schritten zu überwachen.

D. Die allgemeine und vollständige Abrüstung:

Beide deutsche Staaten verpflichten sich, nach Erzielung eines internationalen Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung diesem Abkommen beizutreten und alle sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes würde einen Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die allgemeine und vollständige Abrüstung mit speziellen Abrüstungsbestimmungen für Deutschland als eine bedeutungsvolle Entscheidung für die Sicherung des Friedens durch die friedliche Koexistenz begrüßen, die ihm zugleich helfen würde, das Tor zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu öffnen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Sache des deutschen Volkes selbst und seiner beiden Staaten. Aber die Wiedervereinigung setzt die Abrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten voraus.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages und dem in der zweiten Etappe vorgesehenen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland wären die wichtigsten Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes des gesamten deutschen Volkes geschaffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewiß, mit ihrer Initiative zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in beiden deutschen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen zu handeln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewiß, daß sich die 15. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen erneut nachdrücklich für die allgemeine und vollständige Abrüstung aussprechen wird. Sie drückt ihre Erwartung aus, daß die Vollversammlung die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten eingehend prüfen und in einer entsprechenden Entscheidung ihrer bevorstehenden Tagung berücksichtigen wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist überzeugt, daß die Unterstützung dieser Initiative durch die Vereinten Nationen nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern zugleich in ureigenstem Interesse aller anderen Staaten liegt und dazu beitragen würde, den Ausbruch des Krieges im Herzen Europas für immer unmöglich zu machen.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

VI. Weltkonferenz in Tokio

Ein Bericht von Dr. Seiei Shinohara und Kurt Bewersdorff

Wir freuen uns besonders darüber, daß wir unseren Lesern in dieser Nummer nicht nur den versprochenen Bericht unseres westdeutschen Delegierten Kurt Bewersdorff bringen können, sondern daß wir auch von den Eindrücken berichten können, die die Konferenz auf unseren japanischen Freund Dr. Seiei Shinohara gemacht hat. Es wird für unsere Leser von besonderem Interesse sein, die beiden Berichte miteinander zu vergleichen und dabei festzustellen, welchen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Situation solche Konferenzen dadurch leisten, daß sie die Probleme der einzelnen Länder in die Probleme und Aufgaben der Weltsituation einzuordnen helfen.

D. Red.

War der Charakter der 5. Weltkonferenz 1959 in Hiroshima mit dem kurzen Schlagwort „Weltkonferenz im Sturm“ gekennzeichnet, hat der Generaldirektor des japanischen Rates gegen A- und H-Bomben, Prof. Kaoru Yasui, mit der sehr bedeutungsvollen Bezeichnung „Kämpfende Weltkonferenz“ die 6. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben und für totale Abrüstung, die vom 2. bis 9. August dieses Jahres in Tokio stattfand, charakterisiert. Obwohl diese Bezeichnung in den Ohren eines Unbeteiligten vielleicht sehr „herausfordernd“ klingen mag, so wird jeder, der selber mitwirkend an dieser großen internationalen Konferenz teilgenommen hat, mit dem Gefühl innerer Befriedigung erkannt haben, daß Prof. Yasui nicht mit Unrecht diese Bezeichnung gewählt hat. Denn die großen politischen Ereignisse, die im Laufe der vergangenen zwölf Monate in vielen Ländern der Welt, insbesondere in Afrika, Süd- und Mittelamerika sowie in Asien geschehen sind, haben uns unmißverständlich gezeigt, daß Freiheit und Frieden nicht von selbst kommen, sondern hart errungen werden müssen. Hier sei, um einige der neuesten Beispiele zu nennen, an die

kriegen würden. Ein erfreulicher (?) Beweis dafür, daß sich die Nachkriegsgeneration nicht mehr um diesen unseligen Namen kümmert.

An der Vorbereitenden Konferenz durften außer sämtlichen ausländischen Delegierten nur eine kleine Anzahl — etwa 150 — japanische Delegierte teilnehmen, während an der Hauptkonferenz sich sämtliche japanischen Delegierten — über 10 000 — beteiligt haben. An ausländischen Delegierten sind von 29 Ländern und 10 internationalen Organisationen etwa 130 Damen und Herren erschienen. Von Deutschland sind im ganzen 10 Delegierte (davon 1 Dolmetscherin) gekommen, von denen 3 aus der Bundesrepublik und 7 aus der Deutschen Demokratischen Republik teilgenommen haben. Drei Delegierte aus der Bundesrepublik waren: Frau Annemarie Colberg von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Herr Kurt Bewersdorff von der Aktionsgemeinschaft und vom Ständigen Kongreß sowie Herr Walter Diehl von der Deutschen Friedensgesellschaft. Von den Delegierten der DDR seien nur die beiden Damen genannt: Frau Herta Claassen (Intendantin des „Berliner Rundfunk“) und Frau

und die Kishi-Regierung zu stürzen. Dieser Kampf des japanischen Volkes bildet einen wichtigen Teil des die ganze Welt umspannenden gewaltigen Kampfes der Völker und wird von allen Freunden des Friedens unterstützt. Dieser Kampf des japanischen Volkes ist zugleich eine große Ermutigung für das chinesische Volk . . .“

Im Namen des deutschen Volkes sprach an diesem Tage Herr Kurt Bewersdorff (Bundesrepublik) und Herr Rolf Deubner (DDR). In der Rede des ersteren hieß es u. a.: „Der große Aufruf, der sich von Hiroshima und Nagasaki hob und über ganz Japan verbreitete und dann in der Weltkonferenz vereinigte, hat an alle Menschen der Welt zur Besinnung, Vernunft und Menschlichkeit appelliert. Und ich darf Ihnen offen sagen, daß wir Deutschen mit Bewunderung und Achtung den tapferen Kampf Ihrer japanischen Nation verfolgen, der ein stolzer Ausdruck Ihres festen Willens zur Freiheit und zum Frieden ist. Auf Grund der Abmachungen der NATO sind die USA nun ermächtigt, im Gebiet der Bundesrepublik Atommunition aufzulagern und Raketenbasen zu errichten. Auch die Bundesregierung hat diese NATO ermöglicht, die Bundeswehr atomar aufzurüsten. So läuft die Bundesrepublik infolge der Mitgliedschaft in der NATO Gefahr, im Fall einer gewaltsamen Auseinandersetzung einem Kernangriff ausgesetzt zu werden. In der Bundesrepublik spricht man davon, daß man japanisch reden und handeln lernen sollte. Und dazu gehört nur noch ein bißchen mehr Mut.“ (Sinngemäße Wiedergabe

Wer nicht Sturm ernten will, soll nicht Wind säen helfen

jüngsten Geschehnisse in Kuba, der Türkei, Südkorea oder Japan erinnert. Die 6. Weltkonferenz bestand aus zwei Teilen: aus der Vorbereitenden Konferenz vom 2. bis 4. August und aus der Hauptkonferenz vom 6. bis 9. August. Die Vorbereitende Konferenz tagte in der Tojo-Kaikan-Halle (sprich: Todjo), die im Stadtzentrum Tokios und dicht am kaiserlichen Palast gelegen ist. Übrigens sei hier zur Beruhigung der deutschen Freunde des Friedens kurz hinzugefügt, daß diese Halle nicht das Geringste mit dem General Tojo, dem gefürchteten „japanischen Hitler“ und Kriegsverbrecher Nr. 1, zu tun hat, sondern daß es sich bei dieser „unglücklichen“ Namensübereinstimmung lediglich um einen Zufall handelt. (Der Familienname Tojo kommt in Japan etwa mit der gleichen Häufigkeit vor, wie in Deutschland der Name Schulz.) Diese Halle als private Anstalt dient in erster Linie Hochzeitsfeiern, daneben anderen friedlichen Versammlungen, und gehört zu den meistbesuchten Hochzeitsanstalten Tokios. Junge verlobte Paare, die in dieser Halle ihre Hochzeit feiern wollen, müssen sich schon vor mehreren Monaten melden und die nötigen Räume reservieren lassen, weil sie sonst überhaupt keinen Platz mehr

Lydia Poser (Mitglied der Volkskammer). Ganz besonders bedeutungsvoll für die 6. Weltkonferenz war die Tatsache, daß die Volksrepublik China, die zum Protest gegen die aggressive und chinafeindliche Haltung der Kishi-Regierung seit der 4. Weltkonferenz sich geweigert hatte, eine Delegation zur Weltkonferenz zu entsenden, diese lange Weigerung aufhob und gewillt war, wieder Delegierte nach Japan zu schicken. Das war ohne Zweifel ein klarer Ausdruck der hohen Anerkennung, die das chinesische Volk dem japanischen Volk für dessen tapferen Kampf gegen die aggressive Kishi-Regierung, insbesondere gegen den neuen japanisch-amerikanischen Militärbündnis-pakt, der Sicherheit und Frieden der Volksrepublik China bedroht, zuteil werden ließ. In seiner vielbeachteten Rede, die der Führer der chinesischen Delegation, Herr Liu Ning-I, am ersten Tag der Vorbereitenden Konferenz hielt, führte er aus: „ . . . Das japanische Volk hat durch seine in ganz Japan in 22 Wiederholungen durchgeführte Aktionseinheit gegen den neuen japanisch-amerikanischen Militärbündnis-pakt es vollbracht, den Besuch Eisenhowers in Japan ausladen zu lassen durch Shinohara.)

Für die Deutsche Demokratische Republik sprach Herr Rolf Deubner vom FDGB, der zugleich als Gast des japanischen Gewerkschaftsbundes „Sohyo“ nach Tokio gekommen ist. Er sagte u. a., daß der Frieden in Europa durch die rachesüchtige Politik der Bundesregierung ernstlich bedroht sei, und daß eine Gruppe von ehemaligen Hitler-Generalen und Revanchisten altes Reichsgebiet zurückforderten und die Leute unterdrückten, die für Frieden und totale Abrüstung arbeiten. Als Vertreter der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik sei er der Überzeugung, so fuhr er fort, daß die ganze deutsche Nation jetzt erkennen müsse, die entscheidende Aufgabe für die Deutschen sei die Herausbildung einer die gesamte deutsche Arbeiterklasse umschließende Aktionseinheit, und daß nur dadurch das deutsche Volk den gefährlichen deutschen Militarismus bändigen könnte.

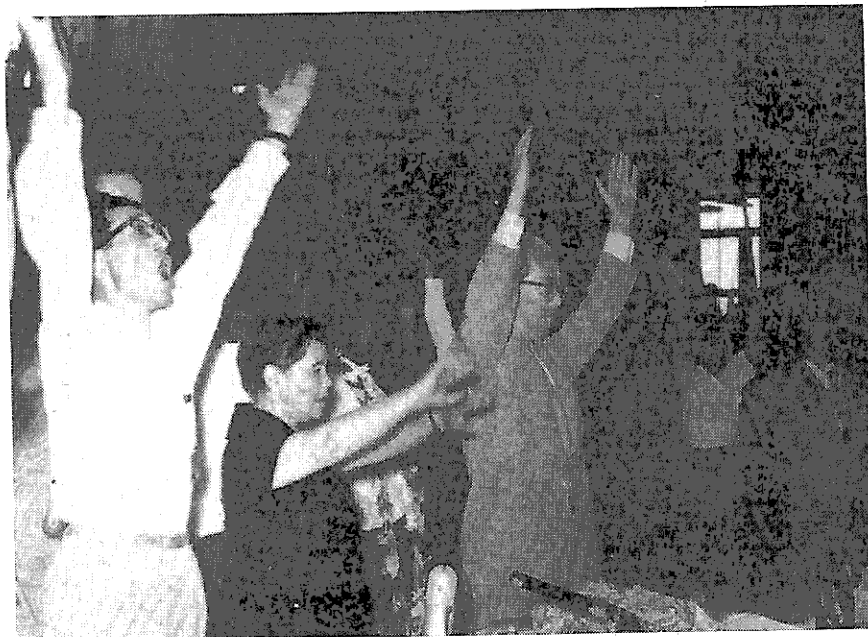
Es sprachen ferner Vertreter von Australien, Kambodscha, Ceylon, der Tschechoslowakei, Italien, Japan, Frankreich, Ungarn, Indien, Indonesien, Kenia, Nordkorea, Mexiko, Sudan, den USA, der Sowjetunion, Vietnam, Jugoslawien sowie 6 internationalen Or-

ganisationen. Bezeichnend war dabei, daß in fast allen Reden hohe anerkennende Worte für den Kampf der Japaner gegen den japanisch-amerikanischen Militärbündnisakt ausgesprochen wurden¹⁾. Am Abschluß des ersten Tages der Vorbereitenden Konferenz wurden die Grußbotschaften verlesen, die von dem Ministerpräsidenten der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschu En-Lai, und dem Präsidenten der Volksrepublik Vietnam, Ho Tschu-Minh, an die Weltkonferenz gerichtet wurden. Sehr merkwürdig, aber durchaus verständlich war, daß eine Grußbotschaft des japanischen Ministerpräsidenten Kishi vollständig ausgeblieben ist.

Am zweiten Tag der Vorbereitenden Konferenz wurde die Versammlung in zwei Abteilungen geteilt abgehalten. In der ersten Abteilung wurden Fragen besprochen, die sich um 1. die gegenseitige Beziehung von Antikolonialismus und einer friedlichen Koexistenz, 2. den Zusammenhang, den Militärbündnis und ausländischer Militärstützpunkt einerseits und die Gefahr, die durch die damit verbundenen Kernwaffen entsteht, andererseits miteinander haben und 3. die vordringliche Aufgabe für unsere Bewegung drehen; während in der zweiten Abteilung über die gegenseitige Beziehung von einer auf Rüstung und Krieg gestützten Politik einerseits und dem Leben des Volkes andererseits ausgesprochen wurde. Fast alle Vertreter der afro-asiatischen Länder haben hervorgehoben, daß der entschlossene und kompromißlose Kampf für die Befreiung der noch unterdrückten Kolo-

hier nur die Aussprache des nordkoreanischen Delegierten Lee Chin-Kiu in Auszügen zitieren, weil sie für die deutschen Freunde des Friedens sehr bedeutungsvoll sein wird: „Tief beeindruckt bin ich durch die Szene, die ich jetzt hier beobachte, daß nämlich Ver-

auch in der ganzen Welt Spannung und Unruhe stiftet. Die Regierung Li Syng-Mangs wurde zwar gestürzt, aber die amerikanischen Militärbasen sind geblieben, die der größte Urquell für das völkische Unheil der Koreaner sind...“ In der zweiten Abteilung kamen alle



Rechts Prof. Jasui, Präsident des jap. Rates gegen A- und H-Bomben, für vollständige Abrüstung. — Frau Fuki Kushida, Präsident des jap. Frauenrates zum Schutze der Menschenrechte.

treter von Ost- und Westdeutschland in der so herzlichen Weise beisammen sind und gemeinsam für die Sache des Friedens arbeiten. Unser Vaterland Korea ist auch in einen südlichen und

westdeutschen Delegierten zu Wort und setzten sich u. a. auch mit dem Notstandsgesetz und dem Notdienstgesetz auseinander, die seit einiger Zeit durch die Bundesregierung zur Vorlage im Bundestag vorbereitet werden und welche die demokratischen Grundrechte der westdeutschen Bevölkerung ernstlich beeinträchtigen müssen. Die Darlegungen der Delegierten der Bundesrepublik haben eine sehr große Aufmerksamkeit aller mit anwesenden anderen Delegierten auf sich gelenkt, denn man wußte, daß Deutschland schon zweimal innerhalb von wenigen Jahrzehnten die beiden furchtbaren Kriege, die nicht nur für sein eigenes Volk, sondern auch für die ganze Welt so verheerend waren, verschuldet hat, und weil man fürchtete, daß nach dem, was seit einigen Jahren in der Bundesrepublik geschehen ist, die Deutschen noch nicht die letzte Lehre aus ihren beiden unheilvollen Erfahrungen gezogen zu haben scheinen. Der von der westdeutschen Delegation unterbreitete Vorschlag, man sollte im Namen der 6. Weltkonferenz ein Solidaritätstelegramm an Frau Prof. Renate Riebeck und ein Protesttelegramm an den Landeskultusminister von Nordrhein-Westfalen richten, wurde einstimmig angenommen.

Der letzte Tag der Vorbereitenden Konferenz wurde einer gründlichen Durchprüfung und Zusammenfassung der in den beiden vorangegangenen Tagen von in- und ausländischen Delegierten gehaltenen Aussprachen gewidmet. Und anschließend wurden u. a. die Grußbotschaften des Präsidenten der Jugoslawischen Volksrepublik, Josip Tito, des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und des Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdel Kerim Kassef, verlesen. Außerdem lagen noch eine ganze Reihe von Grußbot-



Bansai (Hoch!) am Ende der VI. Weltkonferenz

nial-Völker und die friedliche Koexistenz der Völker keine einander widersprechenden Begriffe seien, und daß eine friedliche Koexistenz aller Völker der Erde nur dann möglich sein werde, wenn der Kampf gegen die kolonialistische Herrschaft fremder Völker mit aller Konsequenz durchgekämpft sei.

Von den zahllosen Reden, die in der ersten Abteilung gehalten wurden, will ich wegen der mir zur Verfügung stehenden sehr beschränkten Zeilen

einen nördlichen Teil gespalten, und es betrübt mich sehr, daß kein Vertreter von Südkorea hierher gekommen ist. Daß es bis jetzt leider nicht zur Wiedervereinigung Koreas kommen konnte, muß auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß ganz Südkorea in einen amerikanischen Militärstützpunkt verwandelt worden ist. Nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz unternehmen die Amerikaner in ganz Südkorea großangelegte Kriegssübungen, was nicht nur in Korea, sondern

schaften vor, die von namhaften Persönlichkeiten verschiedener Länder geschickt worden waren, die ich hier leider nicht im einzelnen bekanntmachen kann.

Am Tage vor der Eröffnung der Hauptkonferenz, also am 5. August, marschierte der große Friedensmarsch, der am 22. April in Okinawa und am 1. Mai in Hokkaido seinen ersten Schritt angetreten hatte, in Tokyo ein. An diesem großartigen Friedensunternehmen haben sich insgesamt 22 Millionen Japaner aus allen Gegenden des Landes mitmarschierend beteiligt. Auf der großen Kundgebungsfeier, die am Abend des 5. August in der Freien Konzert-Halle des Tokioer Stadtparkes Hibiya-Koen zu Ehren und zum festlichen Empfang der 21 am längsten mitmarschierten Teilnehmer veranstaltet wurde, sagte der amerikanische protestantische Pfarrer Stephan H. Fritchman, Mitglied der USA-Delegation, u. a.: „Ich darf euch alle, die ihr einen langen, langen Weg marschiert seid, um es zu verhindern, daß wieder Krieg ausbricht, herzlich begrüßen. Ich bin von Los Angeles aus bis hierher gekommen, um selber an diesem großartigen Marsch teilzunehmen. Und ich bin hierher gekommen, um auch allen Freunden, die in diesem Marsch mitmarschieren sind und sich an der 6. Weltkonferenz beteiligten, mitzuteilen, daß es auch in den USA Millionen Freunde des Friedens gibt, Freunde, die nur Frieden und keinen Krieg wollen. Ich bin hierher gekommen, um euch allen die Stimme auch dieser Freunde des Friedens in Amerika zu übermitteln. Vor meiner Abreise nach Japan sprach ich Herrn Prof. Linus Pauling. Er betonte mir, daß die Wissenschaft nur zum Wohl der Menschheit angewandt werden darf. Ich werde die nächste Woche nach Hiroshima fahren, um dort der Toten der Atombombe mit Blumenstrauß zu gedenken, dem Blumenstrauß, den mir Freunde des Friedens in Kalifornien mit der Bitte gegeben haben, auch an ihrer Stelle nach Hiroshima zu reisen. Ich will alle meine Kräfte dafür einsetzen, damit diese Katastrophe niemals wiederholt wird...“

Der sowjetische Delegierte Herr Vasily Pavlovich Dymov sprach u. a.: Wir sowjetische Delegierten zollen unseren japanischen Freunden große Achtung vor ihrer Bewegung für den Frieden. Der Kampf für die Ächtung der Kernwaffen und für die totale Abrüstung ist nunmehr zur Pflicht aller Menschen geworden. Das sowjetische Volk ist der festen Überzeugung, daß das japanische Volk, das durch die Katastrophe von Hiroshima und Nagasaki leidet, seinen Kampf für die Sicherung des Weltfriedens siegreich durchkämpfen wird. Es lebe das japanische Volk! Es lebe der dauerhafte Friede in der Welt!“

Die Hauptkonferenz, an der neben allen ausländischen Delegierten über 10 000 japanische Delegierte teilgenommen haben, wurde am 6. August in der großen Städtischen Sport-Halle Tokios feierlich eröffnet. Zu Beginn der Konferenz wurden alle ausländischen Delegierten zur großen Tribüne im Vordergrund der Halle gebeten. Nachdem sie sich dann dort gestellt hatten und mit herzlich stürmischem Beifall der Zehntausende empfangen wurden, bekamen sie alle aus winzigen Papierkranichen zusammengestellte Halsketten als Symbol für Freundschaft und Frieden

geschenkt. In diesem Augenblick geschah etwas ganz Schönes und für alle Anwesenden Unvergessliches: Delegierten der beiden deutschen Staaten hängten einander die Halsketten um den Hals und umarmten sich. Da alles in ganz spontaner und natu(r)hafter Weise geschah, war es um so beeindruckender, und es hob sich abermals ein begeistertes tosender Beifall unter den 10 000 Japanern und Ausländern. Ganz unwillkürlich kam ich auf den Gedanken, daß, wenn der Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl dabei mit anwesend gewesen wären, selbst diese beiden unglücklichen „Erbfeinde“ auch ganz ungewollt einander die Hände gereicht haben würden.

Wie überall bei solchen internationalen Konferenzen, so auch hier, hatte der erste Tag etwas Festliches. Neben einer kleinen Anzahl japanischer Redner hielten sechs ausländische Delegierte als Vertreter der fünf großen Erdteile Ansprachen: der australische Delegierte, Herr Crawford, sprach für den australischen Kontinent; der chinesische Delegierte, Herr Liu Ning-I, für den asiatischen Kontinent; die westdeutsche Delegierte, Frau Colberg, für Europa; der USA-Delegierte, Herr Kelly, und der chilenische Delegierte, Herr Venturelli, für die beiden Amerika; und schließlich sprach der sudanische Delegierte, Herr Kheir, für Afrika. In ihrer Rede würdigte Frau Colberg den tapferen Kampf des französischen, des italienischen, des englischen Volkes sowie der Völker der skandinavischen Länder gegen Atomwaffe und Militarismus, für Frieden und Demokratie. Sie verglich sodann die politische Situation in der Bundesrepublik mit der politischen Lage in Japan, und betonte, daß nur eine fest geschlossene Aktionseinheit in unserem Kampf uns einen großartigen Sieg und eine herrliche Zukunft versprechen wird. Abschließend wurden 188 Grußtelegramme aus zahlreichen Ländern bekanntgegeben, darunter außer den bereits erwähnten Grußbotschaften einiger Staatsoberhäupter auch Grußbotschaften von den bekannten Nobelpreisträgern Dr. Albert Schweitzer, Prof. Linus Pauling, Prof. Otto Hahn u. a. m. Der 2. bis 4. Tag der Hauptkonferenz wurden zahllosen kleineren Versammlungen gewidmet, in denen kleinere Gruppen in- und ausländischer Delegierter in geschlossenem Kreis und kameradschaftlicher Atmosphäre gemeinsam über die Fragen berieten, die bereits in der Vorbereitungskonferenz in ihren Grundzügen umrissen worden waren. Leider kann ich wegen Raum-mangels auf die Einzelheiten dieser großartigen Beratungen von den 10 000 nicht näher eingehen, sondern will nur ganz kurz bemerken, daß aus diesen herzlichen und gründlichen Aussprachen der japanischen und der ausländischen Delegierten untereinander der Appell von Tokio, der allgemeine Beschluß und die Empfehlung für gemeinsame internationale Aktionen entstanden sind.

Am letzten Tag der Hauptkonferenz, der wieder ein festliches Aussehen bekam, geschah abermals etwas ganz Unvergessliches, von dem ich dem deutschen Leser des „Kongreßdienst“ unbedingt einiges mitteilen muß. Als alle ausländischen Delegierten sich wieder auf der großen Tribüne zusammenfanden, um herzlichen Abschied von ihren

to stop the manufacture, testing and use of nuclear weapons.



final rally

**BERTRAND RUSSELL
MICHAEL FOOT
JUDITH HART, M.P.
LT. COL. LORT PHILIPS
IAN MIKARDO**

trafalgar sq 4 30 saturday 24 sept

Protestmarsch von Edinburgh nach London

Einundzwanzig Tage lang marschierten englische Atomrüstungsgegner von Edinburgh nach London. Am 24. September erreichten sie ihr Ziel, den Trafalgar Square. Da Canon Collins erkrankt war, wurde der Protestmarsch an seiner Stelle von Canon Stanley Evans angeführt. Auf der Abschlussskundgebung auf dem Trafalgar-Square sprachen Bertrand Russell, Michael Foot und Colonel Lort Philips.

10 000 japanischen Freunden zu nehmen, da konnte niemand mehr zwei deutsche Delegationen voneinander identifizieren, nachdem alle Mitglieder der beiden Delegationen einander umarmend zu einer einzigen deutschen Delegation verschmolzen waren. Hier wurden die letzten Schranken, die die beiden deutschen Brüder voneinander hartnäckig trennten, und die selbst die über allen politischen Unterschied hinwegsehenden Olympischen Spiele nicht endgültig beseitigen konnten, spurlos zersprengt. Als die 10 000 Augenzeugen sahen, daß in den auf der Tribüne einander Umarmenden nur das eine deutsche Herz durchschlägt, brachen sie erneut in brausenden Beifall aus. Ich selbst sah, daß nur durch eine gemeinsame echte nationale Gesinnung die Deutschen die Möglichkeit haben, alle künstlich angelegten politischen Schranken zu zerschlagen und wieder zu dem zu werden, was sie als ein einziges Volk einst gewesen waren.

Hatten die vorausgegangenen alljährlichen Konferenzen in Hiroshima als Hauptthemen die Gefahr und die Auswirkungen der atomaren Vernichtungswerkzeuge sowie ihre Ächtung, so war bei dieser Zusammenkunft von Menschen verschiedener Rassen, Konfessionen, Wirtschaftssysteme und Ideologien das Charakteristische, der stark politische Erfahrungsaustausch über Erfolge und Fehlschläge im Kampf gegen die atomare Aufrüstung, für die totale Abrüstung und die Prinzipien einer friedlichen Koexistenz.

Die Japaner waren besonders an Gesprächen mit den westdeutschen Vertretern interessiert, weil ihr Land eine ähnliche politische Entwicklung wie die Bundesrepublik aufweist, nur mit dem beschämenden Unterschied, daß sich dort eine starke Volksbewegung zur Wahrung der demokratischen Freiheit gegen die Verletzung der Grundrechte stemmte. Machten sich in den Besprechungsergebnissen die Erfahrungen und der Erfolg des Kampfes der japanischen Bevölkerung und der Opposition gegen den neuen Sicherheitsvertrag bemerkbar, so mußten die Westdeutschen ihrerseits das für alle Konferenzteilnehmer rätselhafte Überfahrenwerden des deutschen Volkes und das Versagen der Opposition bei der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik erklären.

Als am 5. August im Hibiya-Park 25 000 von der Sonne schwarzgebrannte Teilnehmer des Friedensmarsches, von der Bevölkerung Tokios jubelnd begrüßt, eintrafen, waren viele von ihnen bereits seit April vom äußersten Süden, von Okinawa, und vom Norden, von Hokkaido, unterwegs. Der Marsch führte zusammengerechnet über 10 000 km demonstrativ an allen größeren US-Stützpunkten vorbei, immer aufs neue reiheten sich Menschen aus Städten und Dörfern ein und marschierten stunden- und tagelang mit. So waren es über 20 Millionen, die ihre Sehnsucht nach Frieden aktiv bekunden konnten. Auch hier wurde nicht, wie ich von einem katholischen Geistlichen hämisch sagen hörte, der Glaube an Frieden und Freiheit „politisch ausgenutzt“, sondern er war Bestandteil des Kampfes der Bevölkerung gegen Atombomben und US-Imperialismus.

Unter nächtlichem Himmel im weiten Rund der Marschteilnehmer rief ein junger buddhistischer Mönch aus: „Wir kämpfen nie mehr gegen Asiaten. Kein Imperialist kann uns zwingen, dies zu tun.“ Zusammengefaßt lauteten die politischen Forderungen:

1. Endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche.
2. Errichtung atomwaffenfreier Zonen im Pazifik und in Europa.
3. Totale Abrüstung und friedliche Koexistenz.
4. Aufhebung des USA-Japan-Sicherheitspaktes.
5. Aufgabe der friedensgefährdenden US-Stützpunktpolitik, Abzug der amerikanischen Truppen von fremden Hoheitsgebieten.
6. Rückkehr Okinawas zu Japan.
7. Rückkehr Taiwans zu China.
8. China mit 650 Millionen Bevölkerung soll Mitglied der UNO werden.
9. Friedensvertrag mit den beiden deutschen Republiken.
10. Beendigung der Unterdrückung der für den Frieden kämpfenden Menschen, besonders in Japan und in der Bundesrepublik. Hierbei wird der Zusammenhang zwischen Aufrüstungs- und Stützpunktpolitik und der Einschränkung der demokratischen Grundrechte besonders hervorgehoben.

Interessant war während dieser Tage auch das Verhalten von Regierungspartei und konservativer Presse, die fortwährend mahnten, die Bewegung auf humanitärer Ebene zu halten und die Politik ihnen zu überlassen. Sogar ein zweiter Japanischer Rat gegen A- und

H-Bomben wurde gebildet, um nach dem Muster in der Bundesrepublik zu versuchen, die Bewegung zu spalten. Aber die Japaner reagieren in politischen Dingen viel wacher, als man es bei uns Westdeutschen gewohnt ist. Der sogenannte „Kleine Mann“ dort drüben besitzt viel mehr politisches Wissen und Interesse als bei uns. Das scheint mit der entscheidende Grund zu sein, warum der Kampf gegen den Sicherheitspakt und die atomare Bewaffnung im allgemeinen in Japan so viel intensiver geführt wird als bei uns. Die Beratungen der Vorkonferenz und der Gruppenbesprechungen wurden abschließend am 9. August in drei Dokumenten in einer öffentlichen Kundgebung im Metropolitan Gymnasium bekanntgegeben:

1. dem Appell von Tokio,
2. der allgemeinen Resolution,
3. den Empfehlungen für internationale gemeinsame Aktionen.

An diesem Abend waren noch einmal die vom Atomblitz gezeichneten Bombenopfer von Hiroshima und Nagasaki anwesend. Sie, die Berufensten von allen, betonten eindringlich, daß die Friedensbewegung allein durch rein humanitäre Elemente niemals ihre Ziele erreichen wird. „Um eine weltweite Katastrophe zu vermeiden, muß unser Kampf auch ein politischer sein.“

Die Japaner sind sehr aufmerksame Beobachter. Sie wissen, wie schnell sowohl eine Regierung wie eine Opposition in eine Sackgasse geraten kann. Ihre intensive Mitarbeit war es vor allen Dingen, die dieser Konferenz das Gepräge gab, Ausdruck einer afro-asiatischen anti-imperialistischen Völkerbewegung zu sein.



Prof. Dr. Gerd Burckhardt, Hannover

3. Christliche Friedenskonferenz

In Prag hat die dritte Tagung der Christlichen Friedenskonferenz stattgefunden. Die Botschaft der Konferenz an die Kirchen und Christen der ganzen Welt formuliert mit solcher Eindeutigkeit und Klarheit die Pflicht des Christen, sich in der heutigen Weltsituation für die Verhängung unter den Völkern, für die Ächtung des Krieges und für das Verbot aller Massenvernichtungsmittel einzusetzen, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Die Tagung fand vom 6. bis 9. September 1960 in Prag in der Zentralgemeinde der Methodistenkirche statt unter Anteilnahme von mehr als 200 Delegierten, Beobachtern und Gästen aus vielen protestantischen und orthodoxen Kirchen aus 26 Ländern: Australien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, DBR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Holland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Sowjet-Union, Ungarn, USA und CSSR. Außer offiziellen Kirchenvertretern nahmen an der Tagung auch einige Vertreter von ökumenischen Gremien als unoffizielle Beobachter teil: Weltkirchenrat, Reformierter Weltbund, Lutherischer Weltbund, Europäische Konferenz, Britischer Rat der Kirchen u. a.

Zum Ehrenvorstand der Konferenz gehören unter anderen Kanonikus J. Collins (Großbritannien) und Kirchenpräsident Dr. M. Niemöller (DBR).

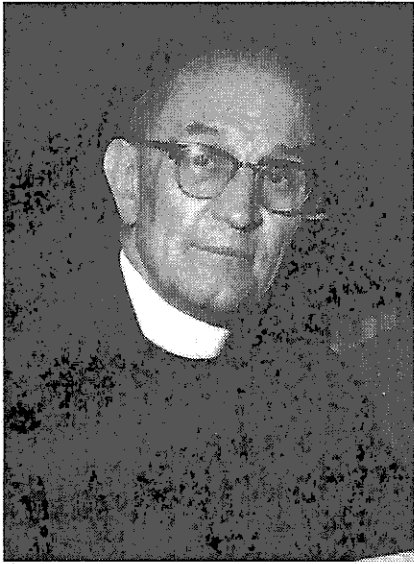
Die Grundlage der dritten Tagung der Christlichen Friedenskonferenz bildeten Referate, die vom Hauptthema der Konferenz „Auf dem Weg zur Friedens-epoche der Menschheit“ ausgingen:

Friedensbeitrag der Christen (Prof. H. Gollwitzer, Berlin), Auf dem Weg zur Friedens-epoche der Menschheit (D. M. Niemöller, Wiesbaden), Friede und Gerechtigkeit (Prof. J. L. Hromádka, Prag), Friede und die orthodoxen Kirchen (Metropolit Pitirim, Leningrad), Krieg und Frieden im Atomzeitalter (Prof. Dr. G. Burkhardt, Hannover); über die konkreten Aufgaben der Christen sprachen Prof. D. E. Fuchs (Leipzig) und Kanonikus J. Collins (London): Was wollen wir heute tun?

Botschaft der 3. Christlichen Friedenskonferenz an die Kirchen und Christen der ganzen Welt.

Die dritte Prager Christliche Friedenskonferenz ist in einer Weltsituation zusammengetreten, deren fruchtbarer Ernst sich kein realistisch denkender Mensch entziehen kann.

Nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz, auf die so viele Menschen ihre Hoffnung setzten, ist die Bedrohung der Menschheit durch einen selbstmörderischen Atomkrieg noch gewachsen. Keiner von uns weiß, wieviel Zeit uns noch gegeben ist, um die Gefahr zu bannen. Ärger denn zuvor vergiftet der kalte



Kirchenpräsident D. Martin Niemoeller

Pfarrer Ludwig Rodenberg

Kartlow bei Demmin (Mecklenburg):

Fortsetzung der atomaren Rüstung oder Frieden in den atomwaffenfreien Völkern?

Die Bürger Deutschlands und der an deutsches Gebiet in West und Ost angrenzenden Völker und Staaten beobachten mit Grauen die fortschreitende atomare Aufrüstung auf westdeutschem Staatsgebiet.

Die Bürger Deutschlands sind in ihrer Gesamtheit noch nie aufgefordert, ihre Stimme gegen die ungeheure Gefahr der atomaren und nuklearen Vernichtung zu erheben, sie haben auch in Westdeutschland mit der letzten Bundestagswahl im Jahre 1957 dem Parlament kein Recht gegeben, über solche Rüstung die Entscheidung zu fällen. Vielmehr haben die Bürger Deutschlands mit innerster Zustimmung die Erklärung der achtzehn Atomforscher vernommen und bejahen noch heute die Worte dieser Erklärung, daß keiner der Unterzeichneten bereit sei, „sich an der Herstellung, der Erprobung und dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen!“ —

Die Bürger der DDR hätten wahrlich Ursache, in Aufregung und Furcht zu geraten angesichts der Atomraketen und Rampen aller Art und Kaliber auf westdeutschem Boden. Wenn sie trotzdem ruhig bleiben, so beruht das auf der Gewißheit, daß die Friedenspolitik ihrer Regierung die einzig richtige ist. Sie läßt atomare Waffen auf dem Boden der DDR nicht zu, und kein Soldat der Nationalen Volksarmee wird an solchen Waffen ausgebildet. Sie hat der Bonner Regierung immer wieder offene und freie Vereinbarung über Stärke, Bewaffnung und Standorte eines Grenzschutzes vorgeschlagen, jedoch stets vergebens auf eine Antwort gewartet! Nichts wäre dem Bürger der DDR und ihrer Regierung lieber als der Abschluß eines Vertrages über die Herstellung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, wie sie durch den Außenminister Polens, Rapacki, vorgeschlagen wurde — einer Zone, die außer der Bundesrepublik und der DDR Polen, die CSSR, die Schweiz und andere Nachbarstaaten umfassen könnte! **Das wäre der Beginn einer neuen Zeit — ein großes freies Aufatmen der Völker.**

Krieg, der zum heißen Krieg treibt, die Atmosphäre. Die Christenheit aber bietet, anstatt einmütig für die bedrohte und geängstigte Menschheit einzutreten, das Bild innerer Zerrissenheit, insbesondere durch falsche Bündnisse mit den Machtsystemen der Welt.

In dieser Situation erklären wir in der Gemeinschaft des Dienstes, zu der uns unser Glaube an das Evangelium Jesu Christi in der Einheit des Geistes und durch das Band des Friedens verbunden hat, bittend und warnend:

Die gesamte Menschheit soll sich im aktiven Protest gegen alle Massenvernichtungsmittel vereinen, durch die Gottes Güte gelästert, der Mensch und alle Kreatur verraten wird.

Kein Christ soll sich an einem Atomkrieg oder an seiner Vorbereitung beteiligen.

Alle Christen sind verpflichtet, alles, was in ihrer Macht liegt, für die Achtung jedes Krieges zu tun, die zur Lebensnotwendigkeit der Menschheit geworden ist.

Wir bitten die verantwortlichen Staatsmänner dringend, im Interesse des Lebens der Menschheit in voller Verantwortung für die Versöhnung und Verständigung zwischen den Völkern alles nur mögliche zu tun, die Prinzipien der auf der XIV. Vollversammlung der Vereinten Nationen einmütig angenommenen Resolution von der allgemeinen und totalen Abrüstung konsequent zu verwirklichen, den kalten und heißen Krieg als politische Mittel für immer auszuschließen, das deutsche Problem und die Probleme bestimmter Gebiete in Asien und Afrika durch Vereinbarung zu lösen und damit den Grund zu einem dauerhaften Friedenszustand der Menschheit zu legen.

Mit der ganzen Menschheit, die sich nach Frieden, Bruderschaft und Zusammenarbeit sehnt, sehen wir der bevorstehenden Vollversammlung der Vereinten Nationen voller Erwartung entgegen. Alle Staatsmänner, die teilnehmen — wer sie auch seien —, begleiten wir mit dem Gebet, daß der Gott des Friedens ihr Friedenswerk segne.

Wir sind verpflichtet, dem kalten Krieg zu widerstehen, als Vorbedingung für einen wirklichen Frieden gegenseitig Vertrauen zu schaffen und für den Menschen einzutreten, wo immer er als Mittel zur Erreichung von Machtzwecken mißbraucht wird.

Angesichts einer in der Christenheit weit verbreiteten Haltung erklären wir mit großem Ernst: Wer den christlichen Glauben mit dem Antikommunismus identifiziert, fördert jene Kreuzzugs-ideologie, die unvereinbar ist mit dem Kreuz dessen, der für alle Menschen gekreuzigt und auferstanden ist.

Wir werden den Frieden nicht gewinnen, wenn wir es nicht wagen, einander zu begegnen, um miteinander zu reden und als Menschen einander zu achten und zu lieben, anstatt von vornherein uns gegenseitig als Vertreter entgegengesetzter Weltanschauungen und Machtsysteme zu verdammen.

Weil die Verheißung Gottes uns allen in unserer gemeinsamen Not gilt, rufen wir in unserem Bekenntnis zu dem der Ökumene aufgetragenen Dienst alle Christen auf, auf einer All-Christlichen Friedensversammlung mit uns für die Welt den Frieden zu suchen und so den Gott des Friedens zu preisen.

Nur nicht so langsam, liebe Brüder, die Welt schreit nach Frieden!



Professor Dr. Helmut Gollwitzer

Katholische Stimmen

Atomare Kampfmittel und christliche Ethik

Diskussionsbeiträge deutscher Katholiken

Kösel-Verlag, München 1960.

Dieses Sammelwerk ist eines der erfreulichsten Bücher des Jahres, weil es sein Thema mit der Kompromißlosigkeit und Rigorosität anpackt, die das Kennzeichen wissenschaftlicher und politischer Ehrlichkeit ist. Dies zeigt sich schon an der Radikalität, mit der die Verfasser die Anwendung der Atombombe am Maßstabe der Ethik messen und jener politischen Haltung den Kampf ansagen, die den Staat von ethischen Normen dispensiert glaubt. Die Prüfung der sittlichen Zulässigkeit atomarer Kriegsführung erfolgt auf Grund der traditionellen katholischen Sittenlehre mit außerordentlichem Scharfsinn, wobei sich die der katholischen Dogmatik eigene Prägnanz der Begriffe bei den Untersuchungen zum Wesen des gerechten und des ungerechten Krieges bewährt. Besonders zu würdigen ist aber die Bemühung der Autoren, keiner politischen Haltung die ethische Rechtfertigung zu verschaffen und die moralische Aussage zur Ideologie zu erniedrigen. Das Ergebnis der Untersuchungen ist die Verwerfung der Atombombe als in sich schlecht und die Ablehnung ihrer Anwendung.

So sehr die Klarheit und Entschiedenheit der einzelnen Beiträge Anerkennung verdient, so wenig neu ist an sich die Erkenntnis der sittlichen Verwerflichkeit atomarer Kriegsführung. Diese Erkenntnis gewinnt Bedeutung vor allem dadurch, daß sie von Katholiken auf Grund katholischer Lehre gewonnen wurde. Eifrige Propagandisten haben den Eindruck zu erwecken verstanden, als rechtfertige die katholische Theologie die Politik der atomaren Bewaffnung. Diesen Eindruck zerstört das vorliegende Buch nachhaltig, indem es zugleich den im Dienst der Regierung stehenden Atom-Ideologen ihre unchristlichen Voraussetzungen nachweist. Viele Katholiken werden für dieses Buch dankbar sein.

Gespräche

Getreu den Grundsätzen des „STÄNDIGEN KONGRESSES“, die Gemeinsamkeit aller Gegner der atomaren Aufrüstung zu fördern, fanden in den letzten Monaten Gespräche statt, die alle Atomrüstungsgegner interessieren dürften.

Auf unsere Anregung hin fanden zwei Diskussionen zwischen dem Büro des „Ständigen Kongresses“ und dem „Aktionskreis für Gewaltlosigkeit“ in Hamburg statt. Der „Aktionskreis“ hatte in diesem Jahr den bekannten „Ostermarsch nach Bergen-Höhne“ organisiert. Dieser Ostermarsch sollte die Tradition des Aldermaston-Protestmarsches in England auf deutschen Boden übertragen. Wir hatten seinerzeit in einer kritischen Stellungnahme im „Kongreßdienst“ festgestellt, daß dieser erste Versuch bereits ein großer Erfolg war.

Die Diskussion geriet bald in eine Auseinandersetzung über Prinzipien des Kampfes gegen die Atomrüstung. Nach unserer Meinung war eine Differenzierung der Protestmarsch-Teilnehmer nicht am Platze, weil sonst die ganze Sache von vornherein in Mißkredit kommen kann. Diese Ansicht wurde von unseren Kontrahenten nicht geteilt, man glaubt dort zu wissen, daß es Teilnehmer am Widerstand gegen die Atomaufrüstung gibt, die es nicht ehrlich meinen, die insgeheim für eine einseitige Atomabrüstung des Westens plädieren und durch die Teilnahme am Marsch in dieser Richtung wirken möchten. Wir haben eine solche Unterstellung im Interesse aller Atomrüstungsgegner energisch zurückgewiesen. Es ist selbstverständlich, daß es nur eine internationale Lösung durch Verhandlungen zwischen den Beteiligten geben kann und niemand in der Welt eine einseitige Atomabrüstung des Westens oder des Ostens wünschen kann.

Besonders in der zweiten Diskussion stellte es sich heraus, daß die Einschätzung der Staatsmänner (bzw. der gesellschaftlichen Systeme) verschieden waren im Hinblick auf deren Bereitschaft, die Atomwaffen im Kriegsfall auch einzusetzen. Während die Freunde vom „Aktionskreis für Gewaltlosigkeit“ die Gewichte gleich groß verteilen möchten ohne Rücksicht auf die gegebenen Tatsachen, so waren die Mitglieder des Büros der Ansicht, daß der Kampf gegen die atomare Rüstung nicht ohne Berücksichtigung der konkreten politischen Situation geführt werden kann. Z. B. wurde von unseren Freunden vom „Aktionskreis“ beiden deutschen Regierungen vorgeworfen, daß sie auf eine atomare Aufrüstung hinsteuern. Die Wirklichkeit sieht jedoch unseres Erachtens so aus, daß die Regierung der DDR eine Atomrüstung in beiden Teilen Deutschlands unbedingt vermeiden möchte und deshalb der Bundesregierung schon mehrfach das Angebot gemacht hat, eine Vereinbarung zu treffen, daß in beiden Teilen Deutschlands die Atomrüstung unterbleibt. Die Bundesregierung hat jeden solchen Vorschlag abgelehnt und besteht auf atomare Aufrüstung. Es scheint uns für jeden verständlich, daß in der Konsequenz eines solchen Verhaltens die Atomaufrüstung des anderen deutschen Teiles folgen wird.

Natürlich verstehen wir sehr gut, daß

ein Kampf gegen atomare Aufrüstung unter Berücksichtigung der konkreten politischen Situation nicht einfach ist und immer wieder den Vorwurf des „getarnten Kommunisten“ oder „kommunistischen Zuträgers“ hervorruft. Für die dadurch hervorgerufene Tendenz zu taktischem Verhalten („in beiden Teilen Deutschlands wird atomar aufgerüstet“) haben wir durchaus Verständnis. Wenn es sich bei unseren Freunden vom „Aktionskreis“ nur darum gehandelt hätte, dann wäre die Sache noch nicht so tragisch. Leider ist dem aber nicht so, sondern unsere Gesprächspartner waren davon überzeugt, daß alle Angebote auf Vereinbarung, die Atomaufrüstung zu unterlassen, vom Osten her nur unaufrichtig gemeint seien, in Wirklichkeit wolle man auch dort mit aller Macht die Atomrüstung vorantreiben und benutze nur den gleichartigen Willen der Bundesregierung, diese Angebote immer wieder zu machen, weil man damit rechnen könne, daß sie ohnehin abgelehnt würden. Eine solche Lage, wenn sie wirklich bestünde, wäre verhängnisvoll. Wir und ein großer Teil der Atomrüstungsgegner in der Bundesrepublik sind davon überzeugt, daß, wenn wir die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik zu Fall bringen, es auch keine atomare Aufrüstung in der DDR geben wird. Wie schon geschildert, ist der „Aktionskreis“ — und mit ihm sicherlich auch viele andere Atomrüstungsgegner — anderer Ansicht. Wenn deren Ansicht zutreffen würde, dann wäre allerdings der Kampf gegen die Atomrüstung auf gesamtdeutschem Gebiet in einer hoffnungslosen Lage. Über diesen Punkt gab es in unserer Diskussion leider keine Einigung.

Aus dieser Sachlage heraus nur ist es zu verstehen, daß unter der Initiative des „Aktionskreises“ ein Protestmarsch vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der DDR geplant ist. Es soll gegen Raketenbasen auf beiden Gebieten protestiert werden. Allerdings konnten uns die Freunde vom „Aktionskreis“ keine Raketenbasis in der DDR nennen, so daß im Grunde die Aktion ohnehin in der Luft hängt. Wir haben gegen diese Aktion große Bedenken geäußert, weil sie in jedem Falle den Atomaufrüster von Nutzen sein wird und der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung erheblichen Schaden zufügen kann. Sollten sich die amtlichen Stellen der DDR zu einer Genehmigung entschließen und für eine Beteiligung an der geplanten Kundgebung Sorge tragen, so werden die Atomaufrüster in der Bundesrepublik ihren propagandistischen Nutzen daraus ziehen. Sollte die DDR einen Einmarsch verweigern, so würde an der Zonengrenze eine Protestkundgebung veranstaltet, die ebenfalls durch die Propaganda der Atomaufrüster gegen die Atomrüstungsgegner ausgenutzt würde.

Die Mitglieder des „Aktionskreises“ waren sich über diese Konsequenz

durchaus klar. Dennoch wollen sie an dem geplanten Projekt festhalten, in voller Verkennung der wirklichen Situation. Hier ist ein klassisches Beispiel dafür gegeben, daß eine sonst begründenswerte moralische Haltung in ihrer Abstraktion genau das Gegenteil dessen erreicht, was die Beteiligten beabsichtigen. Das Ergebnis kann nur Enttäuschung und Resignation bedeuten. Wir bitten alle Atomrüstungsgegner, sich an einer solchen Aktion nicht zu beteiligen, weil keinerlei Aussicht besteht, in irgendeiner Weise zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Auch unseren Freunden vom „Aktionskreis“ wird es nicht erspart bleiben, daß sie „kommunistischer Tendenzen“ verdächtigt werden, je mehr die Atomaufrüster ihrem Ziele nahe sind. Es ist kein Zweifel, daß Pläne existieren, den legalen Widerstand gegen die atomare Aufrüstung unmöglich zu machen. Leider besteht auch kein Zweifel daran, daß den Atomaufrüster dazu jedes propagandistische Mittel, abgesehen von den zu schaffenden Gesetzen, recht sein wird. Eine entsprechende Distanzierung wird also unseren Freunden vom „Aktionskreis“ auf die Dauer gar nicht nützen. Das Büro des „Ständigen Kongresses“ ist jederzeit bereit, mit wem auch immer, über die Zukunft der Atomrüstungsgegner zu diskutieren. Wenn irgend möglich, sind wir bereit, alle eigenen Vorstellungen zurückzustellen um der Gemeinsamkeit willen. Die Situation ist wirklich so ernst, daß man alle Hindernisse der Zusammenarbeit forträumen muß. Wir werden jeden Tag daran erinnert, daß die Befürworter der Atomaufrüstung sich einig sind. Wann gelingt es, die Einheit der Gegner der atomaren Aufrüstung herzustellen? Das kann aber nicht auf der Basis der völligen Außerachtlassung der konkreten politischen Situation geschehen. Für dieses Ziel werden wir auch weiterhin, ungeachtet aller Anfeindungen und Verdächtigungen, arbeiten. Wir glauben, daß die Stimme der Vernunft auf die Dauer stärker ist. Unseren Freunden vom „Aktionskreis“ wünschen wir für ihre weiteren Bemühungen guten Erfolg; wir werden sie immer unterstützen, wenn ihre Bemühungen der gemeinsamen Sache dienlich sind.

Auf Einladung der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), Hamburg, fand ein Gespräch statt zwischen Vertretern der IdK und Vertretern des „Ständigen Kongresses“ nebst Vertretern anderer Friedensorganisationen.

Diskutiert wurde die Frage, in welchen Fällen und in welcher Art und Weise eine Zusammenarbeit zwischen den auf der Besprechung vertretenen Organisationen möglich und wünschenswert ist. Das bedingte natürlich, daß die einzelnen Vertreter ihren Standort genau umrissen, damit die Abgrenzung bzw. die Übereinstimmung jeweils festgestellt werden konnte. Die Vertreter der IdK als konsequente Pazifisten legten ihren Standpunkt der kompromißlosen Ablehnung jedes Krieges und jeder Teilnahme als Soldat im Kriege

dar. Für sie gäbe es keinen gerechten oder ungerechten Krieg.

Für den „Ständigen Kongreß“ wurde entgegnet, daß er alle Atomrüstungsgegner vereinigen will. Wenn also Bundeswehrangehörige Gegner von Atomwaffen sind, dann könnten sie ohne weiteres im „Ständigen Kongreß“ mitwirken.

Abgesehen von diesem prononziert vorgetragenen Sachverhalt, der nur die Aufgabenstellung fest umreißen sollte, betonten die Vertreter des „Ständigen Kongresses“, daß ein Krieg mit Atomwaffen die Frage „Gerechter oder ungerechter Krieg“ ohnehin eindeutig beantwortet. Hier würden sich die Standpunkte wieder berühren.

Der „Ständige Kongreß“ vertrat die Meinung, daß der Kampf gegen die Atomwaffen das Wichtigste sei. Solange sie existieren, müßte man damit rechnen, daß jeder Kriegausbruch zum Atomkrieg führt. Andererseits würde eine weltweite atomare Abrüstung automatisch auch eine Abrüstung in konventionellen Waffen nach sich ziehen. Dies ist auch deutlich in den Vorschlägen von Ministerpräsident Chruschtschow auf vollständige Abrüstung. Die Diskussion befaßte sich dann mit den ideologischen Grundlagen der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik, dem militanten Antikommunismus.

Die Vertreter des „Ständigen Kongresses“ legten dar, daß der Kampf gegen die Atomrüstung von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, wenn die Atomrüstungsgegner nicht gleichzeitig die Behauptung der Regierung, sie werde durch den Kommunismus militärisch bedroht, als unbegründet zurückweisen. Es ist die Aufgabe der Atomrüstungsgegner, immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine militärische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus heute einfach nicht mehr möglich ist. Vielmehr muß sich die Auseinandersetzung auf ideologischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene abspielen. Hierüber gab es weitgehende Übereinstimmung. Nur die Koexistenz, das friedliche Nebeneinander verschiedener Gesellschaftssysteme, sichert die weitere Existenz der Menschheit.

Übereinstimmung bestand auch darin, daß man Untersuchungen anstellen sollte über die Ursachen, die zum Kriege führen, ohne daß darüber weiter ausführlich gesprochen wurde.

Es wurde vereinbart, daß den Mitgliedern aller an dem Gespräch beteiligten Organisationen empfohlen werden soll, eine Zusammenarbeit von Fall zu Fall zu akzeptieren.

Der Initiator des Raketenstation-Protestmarsches von Holbaek nach Kopenhagen am 21.—23. Oktober 1960, Herr Carl Scharnberg, besuchte das Büro des „Ständigen Kongresses“.

In der Aussprache erfuhren wir, daß in Dänemark die Vorbereitung eines derartigen Unternehmens bedeutend leichter ist als bei uns. Das läßt unschwer Schlüsse auf die Wirksamkeit der Demokratie im Staatsleben zu.

Herr Scharnberg erhielt für die Vorbereitung des Protestmarsches 5 Wochen Urlaub aus seinem Dienstverhältnis als Hochschullehrer!

Der Marsch wird nach einer Eröffnungskundgebung von Holbaek ausgehen und am ersten Tage etwa 30 km zurücklegen. Die beiden nächsten Tage benötigen nur etwa je 20 km. Am Ende jedes Tages wird in einem Ort eine Zwischenkundgebung veranstaltet, auf der prominente dänische Wissenschaftler sprechen. Die Abschlußkundgebung wird auf dem Rathausplatz von Kopenhagen stattfinden! Auch hier werden wichtige Referenten über die atomaren Gefahren sprechen.

Herr Scharnberg glaubt, daß trotz der auch in Dänemark vorhandenen Wohlstandslage viele Tausende an dieser Kundgebung teilnehmen werden. Zum Marsch selbst haben sich schon weit mehr Teilnehmer gemeldet als erwartet wurde.

Herr Scharnberg und wir waren uns einig in der Zielsetzung einer solchen Demonstration. Uns eint die gemeinsame Gegnerschaft zur Atomrüstung.

E. W.

Robert Jungk:

Der Kampf gegen die Atomgefahren geht weiter

Robert Jungk, der Verfasser des Buches „Heller als tausend Sonnen“, ist unseren Lesern bereits als ein unermüdlicher Kämpfer gegen die Atomgefahren bekannt. Er ist jetzt von einem längeren Aufenthalt in Hiroshima zurückgekehrt, wo er einen Film gedreht hat, der die fürchterlichen Folgen des ersten Atombombenabwurfes einfängt. Ein Redaktionsmitglied der „Deutschen Woche“ führte mit ihm ein Gespräch, das wir für so wichtig halten, daß wir es hier wenigstens im Auszug wiedergeben wollen.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Aktion „Kampf dem Atomtod“, die Sie doch in Frankfurt seinerzeit selbst mit aus der Taufe gehoben haben, noch irgendwelche Wirkungsmöglichkeiten hat?

Dr. Jungk überlegte eine Weile: „Sie hat zweifellos ihre Funktion nicht erfüllt. Sie mußte versagen, weil sie nicht die notwendige Unterstützung fand, weil ihre Initiatoren selbst nur mit halbem Herzen dabei waren. Aus gewissen parteitaktischen Erwägungen und um das Linsengericht eines möglichen Wahlerfolges war man bereit, die Gesundheit des Volkes aufs Spiel zu setzen. Selbstverständlich hat es keinen Zweck, die Menschen immer nur auf die Straße zu rufen. Dieses Mittel stumpft sich ab. Es kann nur noch gelegentlich benutzt werden, um wirksam zu sein. Aber man darf es darum nicht einfach aufgeben.“

FRAGE: Bleiben uns denn noch Möglichkeiten, in dieser Richtung etwas zu tun?

„Ja, es gibt deren noch genug, und wir dürfen keine auslassen. Das Allerwichtigste ist: die Aufklärung darf nie aufhören. Ich habe einen Vorschlag: Schafft eine ‚Bildungsbewegung‘! Alle Institutionen, die überhaupt mit der Bildung des Volkes zu tun haben, müßten sich daran beteiligen. Fachleute müssen Vorträge halten über Raketen, wie sie gebaut werden, welche Zwecke sie haben, wie sie funktionieren. Moderne Physik — das wäre solch ein Lehrthema. Der Mensch will belehrt sein, er will wissen. Das Technische interessiert ihn. Er ist für alles Neue begeistert. Fangt also diese Begeisterung, dieses Interesse auf, lenkt es in die rechte Bahn: dann wird der Mensch sich auch über die Konsequenzen dieser Technik klar werden, wird ihre guten wie ihre bösen Folgen begreifen. Dar-

auf kommt es an, daß er sie wirklich begreift, daß er sie übersieht und die Gefahren des Mißbrauchs richtig einschätzt. Glauben Sie mir, hier wäre ein echter Bildungshunger zu stillen, der quer durch alle Volksschichten geht. Ich bin überzeugt, daß sich so das Problem der Aufklärung über die Atomgefahr am besten und am gründlichsten lösen läßt. Was heute der um diese Gefahren Wissende versäumt, das wird in spätestens zwei Jahren der Luftschutzwart nachholen. Lassen Sie es nicht so weit kommen, denn dann ist es zu spät.“

Und während wir uns schon die Hand zum Abschied geben, sagt er noch: „Vergessen Sie das nie: Sie und ich und wir alle, wir sind mit verantwortlich, jeder einzelne an seinem Platz! Denn noch haben wir es in der Hand.“

vE.

Schlamm-Strategen

Der austro-amerikanische publizistische Ostlandreiter William (früher Wilhelm) S. Schlamm verfolgt seine Zeitschriftenpläne weiter. Unter Bezugnahme auf Bonner Berichte gibt das Verlegerorgan „ZV und ZV“ in seiner Ausgabe vom 1. Juli der Annahme Ausdruck, Schlamm hoffe wohl auf eine Zusammenarbeit mit dem Henri-Luce-Konzern, bei dem „Time“ herauskommt. Die Pläne dieses makabren Ostland-Kreuzzugs-Strategen, erhalten eine noch pikantere Note, wenn man sich die politischen und wirtschaftlichen Querverbindungen betrachtet: Luce ist der Gatte der ehemaligen amerikanischen Botschafterin in Rom. Und die finanzielle Basis soll Schlamm nach zuverlässigen Meldungen durch den Frankfurter Bankier Bethmann — Förderer der „Europa-Union“ — und die Fabrikanten Quandt, Dyckerhoff und Henckell gesichert werden.

Aus: Die Feder, Heft 7/8, 1960

Leserbriefe

Die „Pforzheimer Zeitung“ vom 10. 9. 60 schrieb unter der Überschrift: „Ehrenrettung“ folgendes:

„Es gehört zum guten Ton, Hiroshima zu beweinen und die Atombombe zu schmähen. Heißt es, ein Tabu verletzen, wenn die Logik dazu zwingt, Hiroshima stellvertretend für ganz Japan glücklich zu preisen und die Atombombe zu loben? Glückliches Japan! Der ganze Luftkrieg der Alliierten war praktisch mit 2 Bomben vorüber. Gewiß, sie zerstörten Hiroshima und Nagasaki und töteten Hekatomben unschuldiger Menschen. Noch heute sterben Japaner an den damals erlittenen Einflüssen, und jeder neue Todesfall wird von der Weltpresse warnend registriert. Nun, in deutschen Krankenhäusern liegen heute auch noch Bombenopfer und sterben. Aber wen interessiert das? Sie sind ja nur an den konventionellen harmlosen Phosphorbomben zugrundegegangen... Nach amerikanischen Schätzungen haben die beiden Atombomben den Krieg gegen Japan um runde 4 Jahre verkürzt. Wenn diese Waffe früher fertig geworden und gegen Deutschland benutzt worden wäre, hätte das bedeutet, daß der Krieg schon 1941 zu Ende war. Wenn uns Japans Schicksal getroffen hätte, wären zwei deutsche Mittelstädte vernichtet worden, alles andere aber erhalten geblieben. Selbst Hitler hätte vor dieser Waffe kapitulieren müssen. Was haben wir aber tatsächlich zwischen 1941 und 1945 nicht alles verloren? Glückliches Japan! Schmäht nur die Bombe nicht! Sie hat Millionen von Japanern das Leben gerettet. Und, recht bedacht, auch das unsrige. Ohne die teuflische Drohung des Atompilzes stünden russische Panzer bestimmt nicht nur an der Elbe.“

Auf diesen Artikel schrieb ich an die Redaktion der „Pforzheimer Zeitung“:

„Ihr ungeheuerlicher Artikel: „Ehrenrettung“ basiert auf der falschen Annahme, die beiden Bomben auf Hiroshima und Nagasaki hätten den Krieg gegen Japan um runde 4 Jahre verkürzt. Lesen Sie bitte über den dramatischen Kampf in Amerika wegen des Abwurfs die betreffenden Artikel in Robert Jungks Buch „Heller als 1000 Sonnen“, Seite 177—215, nach. Daraus geht ganz eindeutig das frivole Spiel um den Abwurf und die Tatsache hervor, daß die Japaner vor dem Abwurf kapitulationsreif waren und bereits entsprechende Verhandlungen angebahnt hatten.“

Letzten Endes wollten die Amerikaner dem Kriegseintritt der Russen gegen Japan zuvorkommen. So wurden die Japaner die ersten Opfer des kalten Krieges, d. h. des Machtkampfes zwischen den USA und den Sowjets, und die Amerikaner konnten vor den Russen die japanischen Inseln besetzen. Ihre übrigen „hätten, wären“ sind wirklich nicht dazu angetan, die Japaner glücklich zu preisen. Glauben Sie nur nicht, daß die „teuflische Drohung des Atompilzes“ vor dem 3. Weltkrieg bewahren wird. Das ist fahrlässiger Optimismus.“

Darauf bekam ich natürlich keine Antwort. Daß die Menschen immer wieder

sich mit dem Gedanken beruhigen, daß die A-Bomben den Krieg verhindern!
Hochachtungsvoll
Emma Theurer

Ihrer letzten Ausgabe des „Kongreßdienst“ entnehme ich zu meiner großen Verwunderung, daß sich der OB von Dortmund, Herr Keuning, Verdienste um den Kampf gegen die Atomrüstungen erworben hat. Bei der unter der bewährten Leitung unseres Freundes Alois Stoff durchgeführten Atomwache glänzte jedenfalls Herr Keuning durch seine Abwesenheit, ebenso der Oberstadtdirektor von Dortmund, die mir persönlich am Telefon ihre Teilnahme zugesagt hatten. Auch beim Protestmarsch der IdK und bei sonstigen Veranstaltungen dieser Organisation ist niemals, soweit mir bekannt ist, ein Herr Keuning in Erscheinung getreten, wohl aber distanzierte sich Herr K. — ich glaube mich da nicht zu irren — von unseren Kundgebungen, getreu der Parole der SPD, alles als undurchsichtig abzulehnen, was nicht von der CDU als förderungswürdig angesehen wird. Wir haben ähnliche Erfahrungen im Essener Raum gemacht. Ich besitze ein Dokument der „Ablehnung“, das die Unterschrift unseres Oberbürgermeisters trägt, als er ersucht wurde, an unserer Atomwache in Essen teilzunehmen. Man sollte sich niemals mit fremden Federn schmücken.

Willy Gockel, Essen

Auf dem Protestmarsch nach Bergen-Hohne lernte ich die Sekretärin der englischen „Kampagne für nukleare Abrüstung“ in den Medway-Städten, Elizabeth Dales, kennen. Ihre Einladung nach England nahm ich mit Freuden an, und Mitte August konnte ich hinüberfahren.

Die Bewegung gegen atomare Ausrüstung ist sehr groß in England. Fast in jeder Stadt, in jedem Landbezirk gibt es Gruppen der Kampagne. Die Jugend hat Gruppen gebildet und arbeitet aktiv mit. Auch in England gilt es, Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit zu wecken. Manchen wird schon der Aldermaston-Marsch aus seiner Lethargie aufgeschreckt haben. In diesem Jahr waren 30 000 Menschen auf dem Weg von Aldermaston nach London, und 100 000 standen bei der Kundgebung auf dem Trafalgar-Square. Das muß ein unvergeßliches Erlebnis gewesen sein! Es werden oft Protestdemonstrationen abgehalten und Marsche nach Raketenstützpunkten organisiert. Ich konnte an einer Kampagne-Versammlung der Medway-Städte teilnehmen, auf der ein Marsch nach einem Raketenstützpunkt ausgearbeitet wurde. Morgens vor dem Beginn des Marsches wird in einer kleinen Stadt auf einem öffentlichen Platz eine Kundgebung sein. Von dort aus geht es zum Raketenstützpunkt. Der Marsch wird einen Tag lang dauern. Der Protest richtet sich gegen die Stationierung von amerikanischen Armeen, Raketen und Flugzeugen auf britischem Boden.

Die englischen Atomrüstungsgegner sind ehrgeizig. Sie möchten ihr Land an einer führenden Stelle sehen: Das erste Land, das die Atomwaffen ächtet und abschafft! Ein Schritt weiter zum Frieden der Welt. Sollte dieser bewundernswerte Ehrgeiz nicht für uns ein Ansporn sein? H. W.

In Kürze

Von-Braun-Film verboten

Die Behörden der belgischen Hafenstadt Antwerpen haben gestern die Aufführung des Films „Ich greife nach den Sternen“ untersagt, der das Leben des Raketenforschers Wernher von Braun behandelt. Am Vorabend war es vor dem Theater zu Protestkundgebungen gekommen, weil von Braun an der Konstruktion der V 1 und V 2 mitgewirkt hatte. Gegenüber dem Kino, das den Film aufführen wollte, waren im Jahre 1944 von einer einzigen V-1-Rakete 700 Menschen getötet worden.

Westfälische Rundschau vom 24. 9. 1960

Eine interessante Meldung, die unter Umständen auch die Zusammenstöße und die harte Reaktion Chruschtschows auf der Pariser Pressekonferenz in einem anderen Licht erscheinen läßt, bringt ein Nachrichtendienst: Danach nahmen an der Konferenz 1000 Personen mehr teil, als aus Anlaß der Gipfelkonferenz in Paris akkreditiert waren. Welche Legitimation diese angeblichen Journalisten hatten und wer sie einließ, ist unbekannt.

Aus: Die Feder, Heft 7/8, 1960

Titelbild: Keystone

Bilder auf Seiten 2, 7, 8, 16 und 17:

Keystone.

Bild auf Seite 10: Conti-Press

Bilder auf Seiten 5 und 14: privat

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26.

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Dr. Walter Domke, Hamburg. Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Münster (Westf.); Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Peter Meier, Münster (Westf.); Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wichmann, Hamburg.

Kommissarischer Sekretär: Peter Meier. Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg.

Redaktion: Peter Meier.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg. Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.